

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Das vollständige ersucht taglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Götlich, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Stransky u. Co., Magdeburger Geschäfts-Verlagsgesellschaft, Bernburg, 1887. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlh. 2. Bernburg. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 8 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. 2 Pf. bei den Postämtern 2.25 cpl. Beleggeld Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren: die 7spaltige Kolonnenzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Seite 1 Mk. Beilagepreisliche Seite 420

Nr. 17.

Magdeburg, Freitag den 21. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Preußen und das Ausland.

Wenn gegen einen wirtschaftlichen Gewalttätigen des Junkertums oder Syndikatskapitals von den Vertretern des Volkes geltend gemacht wird, daß auch die Beziehungen zum Ausland darunter leiden müßten, erschallt sofort das verleumderische Geheul: das sind die Agenden des Auslandes, die die Interessen ihres Heimatlandes denen des Auslandes opfern wollen. Hat die deutsche Diplomatie in ihrer gewohnten Unfähigkeit und Ziellosigkeit die Reichsinteressen schwer geschädigt, und will der Reichstag, der die weitgehendste Einflußlosigkeit auf die Führung der auswärtigen Politik genießt, sich einmal zu einer Kritik aufraffen, dann wird feierlichst verkündet, daß ein solches Tun geeignet ist, die Stellung und Ehre Deutschlands im Ausland zu gefährden. Jetzt erinnert sich das Junkertum wieder des Auslandes, rühmlichst klagt die „Kreuzzeitung“ über die empfindliche Schädigung, die durch die börsartige inländische Kritik und satirische Verhöhnung deutscher politischer und sozialer Zustände dem Ansehen Deutschlands in den Augen des Auslandes zugefügt wird. Die „Kölnische Zeitung“ hat ihr die Freude angetan, gegen den liberalen Abgeordneten Rammann einen Bannstrahl zu schleudern, weil er sehr zutreffend in einer Versammlung erklärte, das Ausland begehe vielfach so geringe Sympathie für Deutschland, weil es die Reaktion verurteile, die in dem preussischen Dreiklassenwahlrecht ihre Stütze habe. Wahrscheinlich ist auf dem Umwege über das preussische Pressbureau jener Artikel auf Wunsch der konservativen in die „Kölnische Zeitung“ gelangt. Da es dem Junkertum natürlich genehm ist, wenn es für seine Absichten diese bereitwillige Unterstützung findet.

So haben es die Bedränger und Bedrückter des deutschen Volkes noch immer gehalten, daß sie das Urteil des Auslandes für völlig gleichgültig ausgeben, wenn es gilt, neuen Raub und neue Macht einzuheimen. Erhebt sich aber das Volk gegen das schlimmste Unrecht, die frechste Gewalt und die unerträglichste Mißherrschaft, dann wird ihm gepredigt, daß es seinen Widerstand einschränken müsse und seine Klagen nicht laut werden lassen dürfe, weil das deutsche Ansehen vor dem Ausland geschädigt wird. Ostelbische Junker herrschen in Preußen und im Reich wie auf ihren Gutshöfen auf Grund eines durch Verfassungsbruch geschaffenen Wahlsystems in Preußen, dessen Reform der König von Preußen 1908 ankündigte und gelobte. Die unbeschränkte Macht des Königs, die sie fordern, solange sie sich in ihre Dienste stellen, wird für sie wesenlos in demselben Augenblick, in dem sie einmal gegen sie ausgespielt werden kann. Fordert das Volk die Einlösung eines königlichen Versprechens, dann zögern sie nicht, ein solches Verlangen als Bloßstellung des Landes vor dem Ausland zu bezeichnen. Im Ausland besteht ein feines Verständnis für die Tatsache, daß ein abgrundtiefer Gegensatz zwischen der Politik der Junker und ihrer Regierung und dem politischen Willen des Volkes vorhanden ist. Nicht gegen das deutsche Volk besteht in der Welt irgendeine Abneigung, sondern gegen das offizielle Preußen und das von ihm beherrschte offizielle Deutschland. Mäßigung in der Kritik der preussischen Zustände empfiehlt die „Kreuzzeitung“, von ihrem Standpunkt aus mit gutem Recht, aber für das deutsche Volk kann das nur ein Ansporn sein, seinen Kampf gegen die verrottete Klassenwirtschaft um so stärker zu bekunden und zu betätigen, damit das Ausland noch deutlicher erkenne, daß die preussisch-deutsche Reaktion auf den geschlossenen Widerstand des wirklichen Volkes stößt.

Das Ansehen Preußen-Deutschlands im Ausland wird geschädigt durch ein Regiment der Anechtshaft und der Gehässigkeit, der Verurteilung des ganzen Volkes zur politischen Einflußlosigkeit, der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, kurz durch jenes System, das der preussische Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg im preussischen Landtag am Mittwoch wieder als den Inbegriff preussischer Staatsweisheit verkündete. Wie der Staatssekretär Delbrück im Reichstag, verteidigte der Reichskanzler im preussischen Dreiklassenhaus die Maßregelungen der Stettower Beamten. Daß er der sogenannte leitende Staatsmann ist, wollte er durch eine Rede dokumentieren, die er über die un sinnige Außenpolitik im Stil einer Ansprache eines Hofratspräsidenten auf irgendeinem Feste des Ostmarkenvereins hielt. Noch gründlicher enthüllte die Unkultur preussischer Politik der Kultusminister, der in langen Auseinandersetzungen einem der polnischen Stadtverordneten-Kandidaten deren Unterstützung die Stettower Beamten mit ihrer Maßregelung bezahlen mußten, eine groß ökonomische Sinnung da-

durch nachzuweisen ersuchte, daß er in seinem Hause Polnisch spräche, obwohl seine Frau eine Deutsche sei. Biegt das Ausland diese Verhandlungen, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß von neuem das deutsche Ansehen vor dem Ausland geschädigt worden ist. Die Schädiger deutschen Ansehens und deutscher Interessen zu beseitigen, hat die Sozialdemokratie längst für die wichtigste politische Aufgabe erklärt, deren Erfüllung nur durch ein demokratisches Wahlrecht in Preußen möglich ist. —

Vom englischen Wahlkampf.

st. London, 18. Januar.

Je höher die Figuren an den Wahlthermometern emporklettern, desto höher steigt auch das leidenschaftliche Interesse an dem Ausgang der Wahlen. Obwohl in allen Vororten die Ergebnisse durch Riesentransparente bekanntgegeben werden, obwohl die Theater und Vergnügungslöcher in der Schnelligkeit der Wahlberichterstattung miteinander wetteifern, wächst mit jedem Abend der Andrang der Massen nach dem Strand und nach Trafalgar Square, nach der Gegend der großen Zeitungsredaktionen, in der man alle Nachrichten aus erster Hand erhalten kann. Am Montagabend vermochte der gewaltige Platz um Nelsons Säule kaum mehr die Scharen zu fassen, die ihm von 8 Uhr abends ununterbrochen zuströmten und die trotz aller Unbilden der Witterung ihren Platz nicht räumten, bis gegen 1 Uhr morgens der Reflektor des „Daily Chronicle“ seinen Dienst einstellte. Die Anhänger der verschiedenen Parteien stehen bei solchem Ansehensgemäßem Lärm und Lärm untereinander und begrüßen jede ihnen erlaubte Maßnahme mit Hurraufen, Gesang und Schellengeläute, während die Gegner den Beifallsärm durch kräftige Ausrufungen des Mißfallens zu übertönen versuchen. In den Pausen unterhält man sich miteinander, sucht sich gegenseitig zu bekehren, und wird dabei auch gelegentlich etwas unhöflich im Ausdruck, ohne daß es indes zu Mißgeschick und Handgreiflichkeiten kommt. Als gegen Mitternacht eine kleine Schar jugendlicher Unionisten einen lärmenden Umzug improvisierte und dabei durch die dichtesten Massen der Liberalen durchbrach, machte man ihnen lachend Platz und ließ sie gewähren. . . .

Ueber den Fortgang des Kampfes ist schwer zu berichten, solange noch die Würfel rollen und jeder Augenblick große Veränderungen bringen kann. Noch immer hält man aber eine unionistische Mehrheit für sehr wenig wahrscheinlich, wogegen es für ausgemacht gilt, daß die liberale Partei nur in Zusammenfassung mit der Arbeiterpartei regierungsfähig bleiben wird. Ob die Hilfe der Arbeiterpartei genügen, oder ob es notwendig werden wird, auch die Iren zur Bildung einer festen Regierungsmehrheit mitheranzuziehen, darauf konzentriert sich jetzt das Hauptinteresse. Es wäre sicher ganz gut, wenn es ohne die Iren ginge, die zwar entschiedene Gegner der unionistischen Konservativen und des Oberhauses, aber doch, als Ultramontane etwa von der Art des deutschen Zentrums oder der elsässischen Protektionen, noch lange keine Fortschrittshebeln sind. Andererseits ist die Verminderung der liberalen Mehrheit, vom Standpunkt einer selbständigen Klassenpolitik der Arbeiter betrachtet, eben noch lange kein Unglück. Behaupten sich die Liberalen diesmal noch, so müssen sie eine vollständige Politik treiben, wenn sie nicht das nächste Mal vollends geschlagen werden sollen.

Arbeiterpartei und Sozialisten kämpften am Montag in 28 Wahlkreisen mit wechselndem Glücke. Wigan wurde von Genossen Twist erobert, dagegen steht der schmerzliche Verlust von Woolwich, wo Crooks gegen einen Unionisten unterlag, der Fall Macphersons in Preston, Sumnerbells in Sunderland und Steadmans in Hinsbury Central. Als eine der letzten kam die frohe Nachricht, daß Will Thorne in West Ham mit sehr großer Mehrheit wiedergewählt worden sei, sie wurde in den Londoner Straßen mit großem Beifall aufgenommen. Ausgezeichnet gehalten haben sich auch Snowden in Blackburn, Tomsett in Bradford, O'Grady in Leeds, Macdonald in Leicester, Roberts in Norwich, Wardle in Stockport, Hudson in Newcastle-on-Tyne, sie erzielten zum Teil weit größere Mehrheiten als 1906. In Sheffield Attercliffe hatten die Liberalen, um Zersplitterung zu vermeiden, ihre bisher erfolgreiche Kandidatur fallen gelassen. Es siegte daher Pointer mit großer Majorität. Von den gewählten Arbeiterabgeordneten gehört Thorne auch der sozialdemokratischen Partei an. Ohne Erfolg kandidierten fünf andre Genossen von der englischen Sozialdemokratie, ihre Stimmengahlen gingen leider zum Teil noch zurück, nur in Bradford-L., wo bei einer erst-

maligen Kandidatur 2771 Stimmen aufgebracht wurden, zeigt sich ein guter Ansaß.

Außerhalb der Arbeiterpartei stehend und politisch verschiedenen gerichtete Elemente in ihrer Mitte oder doch in ihrer Nähe beherrschend, hat die englische sozialdemokratische Partei einen sehr schweren Stand. Ungleich besser ist die Stellung der mit sozialistischen Anschauungen schon stark durchtränkten Arbeiterpartei; obgleich die protektionistische Welle auch auf sie stark drückt, wird sie im Parteileben Englands ihren Platz behaupten und dank der Gunst der parlamentarischen Verhältnisse voraussichtlich sogar noch stark befestigen. Bedenkt man die außerordentlichen Schwierigkeiten, die das System der relativen Mehrheiten und das eingewurzelte Zweiparteiensystem dem Aufkommen einer selbständigen Partei der Arbeit entgegenstellen, so wird man der taktischen Geschicklichkeit, die hier etwas fast Unmögliches möglich gemacht hat, die Bewunderung nicht verjagen. Jetzt ist die Arbeiterpartei da, sie hat sich auch in der gegenwärtigen Krise erhalten, und wenn sie sich behaupten und durchsetzen will, steht ihr nur ein Weg offen: der des Sozialismus und der Demokratie. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. Januar 1910.

Stattowik vor dem Dreiklassenhaus.

Im Abgeordnetenhaus war am Mittwoch das seltene Ereignis zu konstatieren, daß der neue Ministerpräsident Herr von Bethmann-Hollweg endlich einmal wieder vor einem Parlament erschien. Was die Interpellationen über wichtige Fragen im Reichstag und was die erste Lesung des Etats im Abgeordnetenhaus nicht fertig gebracht hatten, das gelang den Interpellationen des Zentrums und der Polen wegen der Stettower Beamtenmaßregelungen. Viel Mut gehörte zwar nicht dazu, das unerhörte Vorgehen der Regierung in diesem Falle zu verteidigen, da Herr von Bethmann-Hollweg im Dreiklassenhaus in der gesamten Nation und in den National Liberalen eine kompakte Majorität für sich hat. Er zog es deshalb vor, der Erörterung der gleichen Frage im Reichstag demonstrativ fernzubleiben und im Abgeordnetenhaus sein Vorgehen zu rechtfertigen. Die Begründung der Interpellationen übernahm Dr. Forst vom Zentrum, sonst ein sehr gemäßigter Herr mit gut konservativen Grundanschauungen, in dieser Debatte aber ein scharf oppositioneller Redner, der politisch und juristisch die Verfehlungen der Beamten als vollkommen unzulässig bezeichnete. Er hatte durchaus recht, als er sagte, kein Mann hätte wegen der Stettower Stadtverordnetenwahlen gekämpft, wenn nicht die gemüthlichste Regierung in Doppel sich eingemischt und diese Wahlen mit ihrem real lokalen Charakter zu einer wichtigen Staatsaktion aufbaute hätte.

Die Antwort des Ministerpräsidenten war die längste Rede, die er bisher in seiner neuen Stellung gehalten hat. Daß sie nun auch inhaltreicher war, kann man nicht gerade sagen. Wie im Reichstag Herr Delbrück, so nahm auch hier der „leitende“ Staatsmann seine Zuflucht zu einer Rede mit Worten. Wie soll man es anders bezeichnen, wenn Herr von Bethmann behauptet, die Stettower Beamten seien ja gar nicht disziplinarisch bestraft, sondern nur im Interesse des Dienstes veretzt worden. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß einzelne dieser Beamten länger als ein Menschenalter in Stattowik tätig waren, zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten tätig waren und daß niemals über ihre Untauglichkeit Klage geführt worden ist. Erst in dem Moment, in dem sie bei einer Stichwahl ihre Stimme einem der Regierung nicht genehmen Kandidaten gaben, wurden sie ungeeignet und in eine gleiche Stellung mit denselben Rang- und Gehaltsverhältnissen versetzt. Das waagte alles Ernstes der Ministerpräsident dem Abgeordnetenhaus zu bieten, und die Mehrheit dieses Parlaments unterstützte diese ungeheuerliche Beweisführung mit lautem Beifall. Von dem Boden aus, daß es sich um rechtlich zulässige Amtshandlungen der Regierung handelt, machte es sich Herr von Bethmann nun noch leichter und lehnte eine Erörterung der Frage, inwieweit einem preussischen Beamten aus der Stimmabgabe für einen oppositionellen Kandidaten ein Strich gedreht werden darf, rundweg ab. Damit war Herr von Bethmann-Hollweg am Ende seines Lateins angelangt und stieß nun noch eine halbe Stunde lang in das hafatistische Horn. Er machte mit der großpolnischen Gefahr kraulig und sprach von den Grundlagen des preussischen Staates, an denen nicht gerüttelt werden dürfe. Wer dies im preussischen Abgeordnetenhaus sagt, erntet immer Beifall rechts.

Nachdem die Rechte diesen Beifall pflichtgemäß gesendet hatte, setzte sie, der neue Herr, wo ein anderer Homo

novus erhob sich, Herrn Gollas Nachfolger: von Trotz zu Solz. Im Gegensatz zu seinem Herrn und Meister, sagte er wenigstens etwas, denn er versuchte, den Beweis, daß die Kandidaten in Kattowitz wirklich Polen waren. Einer soll sogar sich in nicht gerade schmeichelhaften Worten über Preußen-Deutschland ausgesprochen haben und von der Anwaltskammer bestraft worden sein. Solch gefährliche Menschen dieser preußische Beamte nicht wählen, und nach dem fälligen Schlußsatz von der Notwendigkeit der Stärkung und Erhaltung des Deutschtums im Osten bekam auch dieser Redner den verdienten konservativen Beifall und setzte sich. Ueber die Debatte, die nun folgte, ist nicht viel zu sagen. Ein Konservativer leistete sich das nette Demagogentum, Strafbefehle auch für die Beamten zu verlangen, die es wagen, in der Stichwahl einen Sozialdemokraten zu wählen, und ein Freikonservativer hielt eine von den Polen vielbelächelte Gakalistenrede im schmerzhaftesten Offizierston.

Am nächsten Tag schnitten die Nationalliberalen ab, die durch den Vertreter Magdeburgs, Schiffer, eine Erklärung verlesen ließen, die weder gehalten noch gehalten war und von einerseits und andererseits derart wimmelte, daß das ganze Haus in schallendes Gelächter ausbrach. Am Freitag wird die Beipredigung fortgesetzt.

Das Junterparlament.

Am Donnerstag vormittag 11 Uhr findet die erste Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses statt. Einderufer und Vorsitzender ist der

Freiherr von Erffa.

Als Schriftführer vor der Pause war

Graf von der Gröben

tätig, jetziger Schriftführer ist

Herr von Kessel.

Als Punkt 1 wird ein Antrag des

Kammerherrn von Pappenheim

verhandelt werden.

Für die beiden weiteren Punkte der Tagesordnung fungiert der Kammerherr von Arnim-Züsedom als Berichterstatter. Dieses kleine Momentbild zeigt, was es mit der Volkvertretung in Preußen auf sich hat, die Junter machen alles, alle übrigen Mitglieder sind nur Staffage. Wie lange noch? —

Die Partei der Juliusstürmer.

Die „Freikonservative Korrespondenz“ veröffentlicht eine Erklärung über die zukünftige Politik der freikonservativen Partei, in der es heißt:

Die erste Konsequenz aus ihrer politischen Gesamtaufassung ist von der freikonservativen Partei dahin gezogen worden, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo neben wirksamer Fürsorge für die heimische Landwirtschaft auch den Interessen unserer Industrie eine sorgsame Pflege gewidmet werden muß. Dies gilt, abgesehen von einer kräftigen Fortentwicklung unserer Verkehrseinrichtungen, vor allem für das Gebiet der Sozialpolitik. Hier muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht aus ideologischen oder sakrilegischen die Bewegungstendenzen unserer gewerblichen Unternehmungen weiter in einer ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden Weise beschränkt wird.

In der Geheimverammlung der Juliusstürmer, die die Errichtung des Wahllochs zum Verkauf aller bürgerlichen Parteien beschloß, ist bekanntlich die freikonservative Partei als die Partei bezeichnet worden, die allen politischen Ansprüchen des Industriekapitals entspricht. Ihr Programm erklärt es als Hauptaufgabe, den Kampf gegen Sozialpolitik jeder Art zu führen, eine Aufgabe, die sie bisher schon mit Hingebung betrieb. Politisches Interesse beansprucht die Veröffentlichung nur deshalb, weil sie allen Abgeordneten und zukünftigen Reichstagskandidaten, die sich aus dem Juliussturm isolieren lassen wollen, die Richtschnur für ihre Stellungnahme gibt. —

Schiffbauamt, Kontor und Nietenyndikat.

Bei der wachsenden Konkurrenz machen sich veränderte Verhältnisse bemerkbar. Differenzen in bestehenden Kartellen sind schnell auszugleichen und neue Kartelle zu errichten. Der wenigen Tagen ist das deutsche Schiffbauamt auf die Dauer von einem Jahre verlängert worden, nachdem Mitte des vergangenen Jahres der Vertrag dieses Syndikats kurz vor seinem Ablauf durch ein Protokoll verlängert war. Erreicht wurde es im Jahre 1910, als zuvor die Erneuerung des Verbandes deutscher Schiffbauvereine geschehen war, es wurde damals bekannt, daß diese Syndikatsgründung unter Mitwirkung der Regierung erfolgte, die jene Karte, welche außerhalb des Syndikats bleiben wollten, für eine Beteiligung „unzulässig“ verurteilte. Die Beziehungen zwischen dem Schiffbauamt und der Regierung sollen andauernd außerordentlich intim sein, obwohl es für die fiskalische Verwaltung vorteilhafter sein würde, wenn sie nicht für den Ausschluß jeder Konkurrenz dinst. Das Syndikat betreibt den gemeinsamen Verkauf von Material für den Bau von Schiffen, die Umbauarbeiten von Schiffen und sogenannten Profitschiffen. Bei dieser jüngst vorgenommenen Erneuerung des Schiffbauamtes waren ihm drei Ziele, das Wiener Schiffbauamt, die Firma Gerstel und Sohn in Graz und das Rendsburger Schiff- und Holzwerk nicht beigetreten. Aber kurz darauf wird man bekannt, daß diese drei Ziele dem Syndikat sich wieder angeschlossen haben. Ob nicht die Möglichkeit der Veränderung dieser Karte wieder auf ein Eingreifen der Regierung zurückzuführen ist, darüber verliert in der Öffentlichkeit nichts, es wäre aber nach den bisherigen Vorgängen nicht unwahrscheinlich.

In ein festes Syndikat soll demnach der Verein deutscher Nietenfabrikanten umgewandelt werden. Dieser Verein war bisher ein lockeres Syndikat, die Mitglieder wurden nur zur Einsetzung geeigneter Karte und Beachtung von Sicherheitsbestimmungen verpflichtet. Längst hat die Bereinigung über alle Nietenfabrikanten angegangen, ihre Mitglieder werden untereinander in allen Angelegenheiten zusammenarbeiten, den ausstehenden Karten gegen-

über wurden so starke Zwangsmittel in Anwendung gebracht, daß die davon Betroffenen gegen den Herr in die Öffentlichkeit flüchteten. So wurde z. B. von den Nietenfabrikanten Gesellschaft mit beschränkter Haftung in An ein Schreiben des Vereins der Nietenfabrikanten veröffentlicht, in dem ihnen die rückwärtslosesten Preisabstimmungen für den Fall angedroht waren, daß sie ihre Mitgliedschaft nicht umgebenklärten. Diese Kartell scheint von Erfolgen begleitet gewesen zu sein, denn nach vorliegenden Meldungen werden sich dem Verein demnächst die fünf bisher noch ausstehenden schlesischen Werke anschließen. —

Geistliche als Sozialisten.

Eine große Wählerversammlung, 6 Genosse J. Macdonald am letzten Sonnabend in seinem Wahlkreis, der alten Schuhmacherstadt Leicester, abhielt, hört sicher zu den bedeutendsten politischen Kundgebungen, die gegenwärtige Wahlbewegung gezeitigt hat. Der beliebteste baptistenprediger Englands, Dr. Clifford, ein siebzehnjähriger Feuerkopf, der sich mit Stolz den Sohn eines alterthümlichen nennt, hielt die Hauptrede für den Kandidaten und rief durch seine ausgezeichnete Beredsamkeit die etwa 4000 mit roten Kofachen geschmückten Versammlungsteilnehmer zu immer neuen Beifallsbezeugungen hin. Die eigentliche Senfahn des Tages war aber eine Rede des bekannten Nobellisten Marie Gemlett, des „englischen Anatole France“, der in einer langen, von innerer Bewegung getragenen Rede sein Bekenntnis zu den Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung ablegte. Es konnte seinen Eindruck nicht verfehlen, wie dieser Schriftsteller von ausgezeichnetem Rufe den Arbeitern die Größe ihrer Wäht vor Augen hielt, ihre geschichtliche Mission pries und sie zur Schlus aufforderte, die Welt Europas vor Krieg und kapitalistischer Not zu werden. Genosse Macdonald selbst bekannte sich in seiner folgenden Rede zu den Grundgedanken der Internationalität und wies aufs schärfste die Treibereien Blatchfords zurück. Er bezeichnete es als das Ziel der Arbeiterpolitik, daß der Staat edem zur Arbeit bereiten Menschen die Möglichkeit gewähren müsse, nicht bloß zu leben, sondern ordentlich zu leben, und forderte zu diesem Zwecke die Veseitigung alles arbeitslosen Einkommens.

Von mehr als örtlichem Interesse war es auch, daß gleich nach der Rede Macdonalds einer der reichsten Unternehmer der Stadt, ein früherer liberaler Abgeordneter, aufstand, um zu erklären, er sehe heute mit seinen Ueberzeugungen auf der Seite der Arbeiterpartei, denn es dürfe nicht immer so bleiben, daß eine kleine Minderheit auf Kosten der hart arbeitenden leidenden Mehrheit ein sorgloses Dasein führe.

Das Auftreten eines Predigers wie Dr. Clifford in einer Arbeiterversammlung erscheint nur außerhalb Englands als etwas Außerordentliches. In England gilt es keineswegs als etwas Ungewöhnliches, daß sich Geistliche für den Sozialismus erklären. Hat doch z. B. kein Verringerer als der Erzbischof von York in einer Predigt ausgesprochen, daß das neunzehnte Jahrhundert die Aera des Individualismus gewesen sei, das zwanzigste Jahrhundert aber dem Sozialismus gehören werde. Auch der Bischof von Truro, ferner der Rev. Jas. Adderley vor der anglikanischen Kirche, Rev. H. J. Campbell, Rev. J. Hattenbury u. a. von der Konfessionsformen bekennen sich zu sozialistischen Ueberzeugungen, und man beruft sich gern auf ihr Zeugnis, wenn es gilt, die Behauptung der Gegner zurückzuweisen, daß der Sozialismus „die Religion vernichten“ will. —

Eine kleine Justizreform in Frankreich.

Als ein Nachhall des Steinheil-Prozesses ist die kleine Reform anzusehen, die der französische Justizminister dem Parlament unterbreitet. In aller Erinnerung steht noch dieser Skandal- und Sensationsprozeß, der mit einem zweitägigen Verhör eingeleitet wurde, ein Verhör, das aufgebaut war auf die Anklageschrift, die bei der Zeugenernehmung in sich zusammenbrach. Die Richter, die sich bei dem Verhör des Angeklagten natürlich auf die Untersuchungsakten stützten, die nur ein Abbild der Anklageschrift sind, werden dadurch notwendig vorbeeinflusst, so daß die Zeugenernehmung selbst oft nur eine reine Formalität ist und der Angeklagte, besonders wenn er nun von Beweismitteln abgesehen wird, von vornherein verurteilt ist. Diesem Mischstand wollen die Reformvorschlüge abhelfen. Das Verhör wird künftig vollständig beseitigt, desgleichen die Verlesung der Anklageschrift, die ja weiter nichts ist wie eine Reproduktion der Untersuchungsakten. An deren Stelle soll künftig die Verlesung des Gerichtsbeschlusses erfolgen, die den Angeklagten vor das Gericht verweist. (In Frankreich geschieht das Gericht, ob dem Antrag auf Anklageerhebung festgesetzt ist.) Nach der Verlesung soll sofort in die Zeugenernehmung eingetreten werden. Die Zeugen dürfen in ihrer Aussage nicht unterbrochen werden. Nach jeder Zeugenaussage sollen dann die Vertreter der Verteidigung, der Anklage und der Zivilpartei das Wort zur Freisetzung erhalten. Auf Antrag der Angeklagten soll der Gerichtspräsident Zeugen vorladen lassen können, deren Vorladung durch den Staatsanwalt abgelehnt wurde.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß die Geschwornen, die bei dem Steinheil-Prozeß zugezogen waren, eine Petition eingereicht haben, in der verlangt wird, den Geschwornen die Möglichkeit zu geben, auf das Strafmaß einzuwirken. —

Deutschland.

Biersteuer und Bierkonsum. In der Kommission des Reichstages zur Vorbereitung der Biersteuer teilte die Regierung mit, daß der Bierkonsum in Baden im letzten Jahre 16 Tausend Zentner betragen sei, daß mit einem Steueranfall von 300 000 Mark gerechnet werden könne. —

Nachfrage zum kleineren Verhörprozeß. Die Verurteilung hat die Richter Verurteilung die Zeugen auf Entschädigung, die sie gegen die Angeklagten im Verhörprozeß anhängig gemacht hatte, ermächtigt zurückzugeben. —

Die Folter des Zeugniszwanges. Der Redakteur Weber von der „Reinhardt“ des ammanischen Abg. Dr. H. H. wegen Zeugniszwanges in Zeugnisse gemunter worden. Der Senat hat es ab, die Folter zu nennen, und den er das Material zu einem Artikel über die Kriminalpolitik geschickt hat. — Der Zeugniszwang wird auch dann nicht als unzulässig betrachtet werden können, wenn es sich um ein Blatt von den Anklagern der „Reinhardt“ handelt. —

Die technisch-industriellen Beamten hielten am Dienstag in Berlin eine große Versammlung ab, zu der auch Regierungsvertreter und sämtliche Reichstagsabgeordnete eingeladen waren. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren die Genossen Lehmann, Schmidt und Sebering anwesend. Ingenieur Lüdemann begründete in längeren Ausführungen die Forderungen der technischen Angestellten, die sie an den Reichstag stellten. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die verbündeten Regierungen mit größtmöglicher Beschleunigung die durch den Reichstagsbeschluß unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe zur Gewerbeordnung und zum Arbeitskammergesetz wieder einbringen und gleichzeitig eine Novelle zum Gewerbegerichtsgefetz unterbreiten werden. Der Reichstag wird gebeten, dahin zu wirken, daß in der Novelle zur Gewerbeordnung auf alle Fälle das Zeugnisrecht, die Sonntagsruhe und die Konkurrenzklause im Sinne der Petitionen des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten geregelt werden. —

Aus dem sächsischen Landtag. In der ersten Kammer des sächsischen Landtags war am Mittwoch ein sogenannter großer Tag. Es handelte sich um eine Demonstration gegen die Schiffahrtabgaben. Die Tribünen und die Regierungstische waren überfüllt. Sämtliche Minister waren anwesend. Der Geheimrat Professor Bach (Leipzig) behandelte das Thema in einer längeren, ziemlich scharf gegen Preußen gerichteten Rede, er bezeichnete alle Meldungen der Presse über die schwankende Haltung der sächsischen Regierung in der Frage der Schiffahrtabgaben nach seinen Informationen als durchaus unrichtig. Zum Schluß seiner Rede sagte er: „Recht muß Recht bleiben, ob es sich um kleine Beträge oder um Milliarden handelt.“ Eine Debatte knüpfte sich nicht an diese Rede.

Aus der Parteibewegung.

Quittung. Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein: Anstalt 94,80. Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 5000,00. Berlin, diverse Beiträge 1098,90. Bern 50,00. Cöln, Wahlkreis Königsberg (Neumark), 3. Quartal 1909 42,38. Calw, 7. württemb. Wahlkreis, 3. Quartal 1909 63,97. Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis a Konto seiner Beiträge für 1909/10 1500,00. Danzig, Provinz Westpreußen, Beiträge für 3. Quartal 1909, Wahlkreise Summa 328,00. Frankfurt a. O.-Leban, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 1909 116,84. Falkenberg (Oberschlesien) 3,00. Flensburg, 1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis, 2. Quartal 288,12. Göttinger Agitationsbezirk: Wahlkreis Götting-Laubau 300, —. Hamburg, 1. Wahlkreis 6000, —. Hamburg, 3. Wahlkreis 5000, —. Husum, 4. schleswig-holsteinischer Wahlkreis, 3. Quartal 1909 41,04. Köln a. Rh., Reg. B. 20, —. Lübeck, sozialdemokratischer Verein, 3. Quartal 1909 700, —. Leipzig, 12. sächsischer Kreis a Konto seiner Beiträge für 1909/10 6000, —. Meissen, C. P. 30, —. Magdeburg, sozialdemokr. Verein a Konto seiner Beiträge für 1909/10 500, —. München, Gau Nordbayern, 3. Quart. 1909, Wahlkreise: Summa 2615,88. Nienstedt, Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt, 3. Quartal 1909 208,33. Plauen i. V., C. P. 2,00. Stuttgart, G. U. 10,00. Spandau, Willi, 6,00. Spandau, M. D. 5,00. Uelshausen, 18. hannov. Wahlkreis, 2. Halbjahr 1909 373,80. In Summa 31134,79.

Berlin den 12. Januar 1910.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstraße 69.

Ein Veteran der italienischen Sozialdemokratie gestorben. Genosse Andrea Costa, Vizepräsident der Kammer und einer der ältesten und bedeutendsten Vertreter des Sozialismus, ist in Fiume gestorben. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Müllkäufer. Die Müllkäufer, Schaffner und Verladearbeiter von der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer E. G. m. b. H. haben vorgekommener Differenzen halber am Montag die Arbeit niedergelegt. Es haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden, auf Grund deren die Arbeit am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen, welche noch nicht endgültig zum Abschluß gekommen sind, werden am Donnerstag vormittag zwischen der Verhandlungskommission der Arbeiter und der Direktion fortgesetzt. —

Neue Mittel zum Kampfe. In einer am Mittwoch in Bochum stattgefundenen Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde bekanntgegeben, daß die polnische Berufsvereinerung der Bergarbeiter vom 1. Februar 1910 an einen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Woche erheben wird. Die Urabstimmung im christlichen Verband bezweckt einen gleich hohen Extrabeitrag von 10 Pfg. pro Woche, der durch die christlichen Gewerkschaften der Arbeiter veranstaltet ebenfalls über einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pfg. eine Urabstimmung. —

Zivilprozeßreform und Anwaltsangestellte. Am 1. April treten verschiedene Gesetzesnovellen in Kraft, die eine Reform des Zivilprozeßes beabsichtigen. Die Vorlagen haben unter den Rechtsanwältinnen viel Staub aufgewirbelt, weil diese meinen, ihre wirtschaftliche Existenz werde dadurch untergraben. Einer energischen Agitation der Anwälte ist es dann gelungen, verschiedene Verbesserungen, namentlich erhebliche Gehaltserhöhungen, in den Vorlagen zu erwirken. Auch von den Angestellten der Anwaltskanzleien wurde eine lebhaftige Agitation entfaltet. Leider aber ohne irgendwelchen Erfolg. Die Angestellten werden von der Reform am härtesten betroffen. Vielen von ihnen wird die Existenz geraubt, denn das Schreibwerk in den Anwaltskanzleien wird durch die Reform auf die Gerichtskanzleien übertragen. Die Arbeitskräfte in den Anwaltskanzleien werden überflüssig, die Angestellten werden entlassen. Weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien haben sich auf die Wünsche der Angestellten eingelassen. Die sozialdemokratische Partei war die einzige Partei, die sich gegen das Gesetz wandte, solange den Interessen der Angestellten nicht Rechnung getragen wurde. Die bürgerlichen Parteien sind jedoch über diesen Widerspruch hinweggegangen, ohne sich im mindesten um das Schicksal der Angestellten zu kümmern. Zuwendend der Angestellten steht nun die Entlassung bevor. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der Verband der Bureauangestellten (Zig Berlin), unternimmt deshalb einen neuen Versuch, seine Berufsgenossen vor diesem Schicksal zu bewahren. In einer ausführlich begründeten Petition wendet er sich an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten mit dem Ersuchen, die künftigen werden den Anwaltsangestellten in die in Folge der Zivilprozeßreform bei den Gerichten neu zu schaffenden Stellen zu übernehmen. Die Petition dürfte bei den jetzt überall stattfindenden Beratungen des Etats zur Verhandlung kommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der einzelnen Landtage werden sicherlich auch hier auf dem Posten sein und den bürgerlichen Parteien wie der Regierung das soziale Beweisen schärfen. —

Partei und Gewerkschaften in Amerika. Als ein erster und schon recht bedeutender Erfolg der neuerlichen Annäherungsverträge zwischen Partei und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten kann bezeichnet werden, daß eine große Anzahl von Gewerkschaftsaktionen um die Entsendung sozialistischer Redner erudigt haben. Diese Frage wurde daher auf der kürzlich in Chicago abgehaltenen Konferenz des Nationalrats der sozialistischen Partei eingehend geprüft und sind besondere Agitatoren für die Agitation unter den Gewerkschaften freigestellt, und zwar zunächst unter solchen Gewerkschaften, denen die Betroffenen selbst als Mitglieder angehören. Vielfach schon berufen die Gewerkschaften besondere Mitgliederversammlungen ein, in denen, ganz gegen frühere Gewohnheiten, sozialistische Vorträge gehalten werden. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 17.

Magdeburg, Freitag den 21. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung.

Berlin, 19. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Von Schön, Delbrück.

Der Handelsvertrag mit Bolivien.

Abg. Sudekum (Soz.): Wir begrüßen den Abschluß des Freundschafts- und Handelsvertrags mit Bolivien, wie überhaupt jede Konsolidierung unserer Handelsbeziehungen zum Ausland. Wir würden uns freuen, wenn es gelänge, unsere Beziehungen auch zu wichtigeren Ländern günstig zu gestalten. Die Aufmerksamkeit der deutschen Industrie ist jetzt auf Frankreich gerichtet, das mit überfliegenden Industriefabrikatzen große Gebiete unseres Gewerbefleißes lahmzulegen droht. Es wäre gut, wenn die Regierung in der Lage wäre, eine beruhigende Erklärung abzugeben und auf ihre Bemühungen hinzuweisen, die drohende Gefahr von Deutschland abzuwenden.

Staatssekretär v. Schön: Die Reichsregierung hat ihre Aufmerksamkeit den Maßnahmen in Frankreich schon früher zugewandt und wird alles tun, was in ihren Kräften steht, unsere handelspolitischen Interessen zu schützen. (Bravo!)

Das Reichsvereinsgesetz und seine Handhabung.

Es folgt die Interpellation der freisinnigen Partei betreffend die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Auf Anfrage des Vizepräsidenten Spahn erklärt sich Staatssekretär Delbrück zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Müller (Meiningen, Freis. Vp., zur Begründung): Des Gesetzes selbst haben wir uns in keiner Weise zu schämen, es wird aber von einer verständnislosen Bureaucratie in Preußen und Sachsen illoyal ausgelegt. (Sehr richtig! links.) Der Sprachparagraf vor allem ist ein der untauglichsten Mittel geworden, mit denen man die großpolnische Bewegung bekämpft, deren Gefahren wir allerdings nicht unterschätzen. Die Handhabung der Polizei ist eine direkte Verhöhnung der diesbezüglichen Erklärungen des damaligen Staatssekretärs. In Kiel hat die Polizei anlässlich einer Friedenskundgebung der englischen Arbeiter-Deputierten den Gebrauch der englischen Sprache verboten und uns dadurch vor der ganzen zivilisierten Welt bloßgestellt. (Sehr wahr! links.)

In Saalabteilungen wird Großes geleistet. Unter allen möglichen Vorwänden werden

Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Die Polizei erklärt einfach, daß Demonstrationen und Unruhen zu befürchten seien. Auf diese Art wird in kurzem überhaupt keine Versammlung mehr in Preußen unter freiem Himmel möglich sein. In Koblenz hat man den starken Fremdenverkehr als Vorwand für das Verbot herangezogen. (Weiterkeit und Hört, hört! links.)

Auch die Gerichte versagen in auffälliger Weise. Zu einer Stadt, es soll Halle gemeint sein, ist

ein Redakteur vor Beginn seiner Versammlungsrede verhaftet

worden und über Abend auf der Wache festgehalten worden. Als Begründung wurde angegeben, man habe ihn an einem Verstoß gegen das Vereinsgesetz hindern wollen. (Stürm. Gelächter links.) Solch einen Grad von Zärtlichkeit gegen die Sozialdemokraten sind wir nicht gewohnt. Das Präventivverbot darf nicht durch Hintertüren wieder eingeführt werden. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Der Amtsvorstand Lehmann im Wahlkreis des Herrn von Gehdebrand wollte die Genehmigung für eine Versammlung vor Mitteilung der Tagesordnung versagen. Als man ihm mitteilte, daß es einer Genehmigung nicht bedürfe, verfügte er, daß die Versammlung „wegen Scharlachepidemie“ nicht stattfinden dürfe. In einem eine halbe Stunde vom Versammlungsort entfernten Orte war 2 Wochen vorher ein Kind gestorben, aber niemand, auch die Eltern nicht, wußten, daß es Scharlach gehabt habe. Gegen eine Anzahl Festlichkeiten, die um die gleiche Zeit stattfanden, hatte niemand unter Berufung auf die sogenannte Epidemie Einspruch erhoben. (Hört, hört! links.) Solche Versuche, durch sanitätspolizeiliche und ähnliche Verfügungen die Vereinsfreiheit aufzuheben, haben wir in der Kommission ausdrücklich bekämpft. Ein Amtsvorsteher verbot eine Versammlung in Leut-

mannsdorf bei Schweidnitz, weil der Weg dahin über eine Brücke führe und Gefahr bestehe, daß die Besucher ins Wasser fallen. (Stürm. Heiterkeit links.) Die Untersuchung ergab die vollkommene Sicherheit der Brücke. (Hört, hört! links.) Wenn man nun in solchen lächerlichen Fällen den Instanzenweg erschöpfen würde — der Herr Staatssekretär wird ja wahrscheinlich diese Frage aufwerfen —, was würde selbst eine nachdrückliche Korrektur genügt haben?

Die Versammlungen waren verboten.

das läßt sich nicht mehr gutmachen. (Rebh. Zustimmung links.) Von oben herab müßte den untern Behörden klargemacht werden, daß sie das Vereinsgesetz nicht in so lächerlicher Weise illusorisch machen dürfen.

Die Herren von der äußersten Linken werden aber rufen: Haben wir Euch das nicht vorher gesagt? (Stürm. Zustimmung b. d. Soz. Gr. Heiterkeit.) Besser wird es nur werden, wenn man auch in Preußen und Sachsen erkennt, daß man mit kleinen Kadelstichen gegen eine große Bewegung nichts ausrichtet. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Die Sozialdemokratie ist eigentlich der Bureaucratie besonders Dank schuldig. Sie ist der Schutzpatron der Sozialdemokratie geworden. (Lachen rechts.) Ich will noch hervorheben, daß für die Berliner Polizeibeamten das Vereinsrecht durch ihre vorgelegte Behörde vollständig beseitigt ist. Auch der Eisenbahnminister Breitenbach hat verfügt, daß

die Bildung von Beamtenvereinen mit den Pflichten eines Staatsbeamten unvereinbar

sei. Das ist eine mehr als kühne Behauptung. (Sehr wahr! links.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß das Vereinsgesetz ein großer Fortschritt ist. Der jetzige Reichszentralrat aber hat uns mit seiner ganzen Persönlichkeit (große Heiterkeit b. d. Soz. Rufe: Wo ist er denn?) — auch wenn er nicht da ist, dafür, daß eine verständnislose Bureaucratie nicht zusehends macht, was wir geschaffen haben. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Innern Delbrück: Die Reichsregierung hat nicht unterlassen, ihr Augenmerk auf die Ausführung des Vereinsgesetzes zu richten und die Bundesregierungen sind eifrig bemüht, es so auszuführen, wie es vom Gesetzgeber gemeint war. Natürlich ist das nicht leicht. Ich habe selber manchen Paragraphen mehr als zweimal lesen müssen, ehe mir klar war, wie er zu verstehen ist. (Hört, hört!) Ich bin gern bereit, wenn die Handhabung des Gesetzes alljährlich hier besprochen werden soll, mich zu beteiligen. Allerdings kann ich nicht auf alle jetzt vorgebrachten Fälle eingehen, da ich sie vielfach heute zum erstenmal vernehme. Dem Reich ist ja eine Einwirkung nur so weit möglich, als die Landesbehörden sich

in Widerspruch mit den klaren Bestimmungen

oder dem Geiste der Vorschriften gesetzt haben. Eine Kritik gerichtlicher Entscheidungen habe ich stets vermieden und werde sie auch weiterhin vermeiden. (Lachen b. d. Soz.)

Redner geht auf den Kieler Fall ein. Es habe sich um eine deutsche Versammlung gehandelt, zu der man einzelne Künstler eingeladen hatte. In solchem Falle räume das Vereinsgesetz der Landesbehörde unbeschränkte Befugnis ein, die fremde Sprache zu gestatten oder nicht. Im übrigen sei hiergegen keine Beschwerde an den Minister des Innern ergangen, und deshalb sei Redner nicht in der Lage, auf den Fall weiter einzugehen. In dem Falle des Verbotes wegen einer Scharlachgefahr sei dem Landrat eröffnet worden, daß sein Verbot nicht korrekt war. Sie sehen also,

es ist prompt Remedur eingetreten.

(Zuruf b. d. Soz.: Ist keine Remedur, nächstes Mal wird's ebenso gemacht!) Ich werde das Material des Herrn Müller zur Aufklärung und eventuellen Remedur den zuständigen Regierungen übergeben. Ich kann alle, denen ehrlich daran liegt, daß das Gesetz sinngemäß angewendet wird, nur dringend bitten, dafür zu sorgen, daß Beschwerden auf dem vorgeschriebenen Instanzenweg vorgebracht werden. Nur auf diese Weise werden wir zu der Grundlage kommen, die Sie alle wünschen.

Sächsischer Geheimrat Hallbauer: Der Abg. Müller hat aus unfontrollierbaren Einzelfällen allgemeine unzutreffende Schlüsse gezogen. Einige verfehlte Maßnahmen nachgeordneter Behörden können doch den Reichstag nicht

interessieren. (Widerspruch u. Lachen links.) Die sächsische Regierung ist von verständlichem reaktionärem Bureaucratismus weit entfernt. Sie will das Vereinsgesetz in dem liberalen Geiste angewandt wissen, in dem es erlassen wurde.

Auf Antrag des Abg. Strube (Freis. Vp.) wird einstimmig Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Sieber (natl.): Wir nehmen mit Genugthuung die Erklärungen des Staatssekretärs und des sächsischen Vertreters entgegen, daß das Gesetz im liberalen Sinn ausgeführt werden soll. Einzelne Verstöße waren zu erwarten. Die Fragen des Beamtenrechts, darin stimme ich dem Staatssekretär bei, haben formal und materiell mit dem Vereinsrecht nichts zu tun. Redner bespricht das Verbot der litauischen Sprache in Versammlungen des nationalliberalen Abgeordneten Schwabach. Es stehe im Widerspruch mit den feierlichen Zusagen des damaligen Staatssekretärs von Bethmann.

Das Verbot in Kiel verdiene scharfe Rüge.

Obwohl Tanzvergünstigungen nicht unter das Vereinsgesetz fallen, sei es doch ein Verstoß gegen dessen Geist, wenn Wirten, die ihre Säle für sozialdemokratische Versammlungen vergeben, die Tanzverlaubnis entzogen wird. (Rebh. Zust. b. d. Soz.) Im allgemeinen werden Beschwerden bei den oberen Instanzen Erfolg haben. Loyal gehandhabt, ist das Gesetz ein großer Fortschritt. Herr Gröber freilich hat es als freizeitsfeindlich bezeichnet und eine „verständigere Mehrheit“ herbeigewünscht, um es zu verbessern oder abzuschaffen. Sie haben ja jetzt eine neue Mehrheit, Herr Gröber. Also ändern Sie das Gesetz in freisinnigem Sinn ab! (Rebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. Gans zu Putlitz (Natl.): Wir sind durchaus dafür, daß der Reichstag die Ausführung der Reichsgesetze überwacht. Aber wenn er alle Verstöße gegen das Vereinsgesetz behandeln will, so kann er das ganze Jahr hier sitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Gr. Heiterkeit.) Ich meine natürlich die Kleinen Verstoße, große sind nicht nachgewiesen. Redner ergeht sich in Lobreden über die preussische Bureaucratie und schließt mit der Hoffnung, der Reichstag möge in Zukunft weniger durch unnütze Interpellationen in Anspruch genommen werden. (Beifall rechts. Heiterkeit links.)

Abg. Vrech (Soz.): Die Klagen über das Vereinsgesetz werden immer wiederkehren, weil die

mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen

dies erfordern. Wir dürfen uns nicht vertuschen lassen mit der Fufage von lokaler Handhabung ufm. Die Verprechungen haben sich bis heute nicht erfüllt und werden sich in Zukunft nicht erfüllen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staatssekretär hat dem Gesetze die beste Zensur gegeben, als er sagte, er habe manche Paragraphen mehr als zweimal lesen müssen. Danach läßt sich denken, wie es draußen geht, wo Leute in Betracht kommen, deren einzige Qualifikation der Zivilverorgungsschein ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Majuskel und Zweideutigkeit des Gesetzes haben gerade die Freisinnigen, vor allem der Kollege Müller (Meiningen), hineingetragen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer anders als der frühere Bloß unter Führung des Herrn Kollegen Müller hat den wunderschönen § 12 geschaffen? Deutschland verdankt seine

Blamage vor der zivilisierten Welt

einzig dem Bloß unter der Führung des Kollegen Müller (Meiningen).

Wir haben es heute unterlassen, unsererseits dem Vertreter des Reichszentralrats eine Blumenlese zu unterbreiten, nachdem unsere Materialsammlung im vorigen Jahre so unfreundlich aufgenommen wurde. Damit ist nicht gesagt, daß die Mißbräuche geringer gemorden sind, im Gegenteil, und wir werden auch trotz des Edeln Herrn Gans zu Putlitz die Dinge, die er Wichtigkeiten nennt, hier immer vorbringen. (Rebh. Zust. b. d. Soz.) Ich verstehe ja, daß dem Edeln Herrn zu Putlitz diese Entzürungen unangenehm sind, aber schließlich wird auch er nicht der Meinung sein, daß es die Aufgabe des Reichstags ist, das ganze Jahr hindurch sich nur mit Schnaps und ähnlichen Dingen, niemals aber mit den Rechten der Staatsbürger zu befassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Schon im vorigen Jahre wiesen wir auf die Gepflogenheiten unserer Polizeiorgane hin, gewerkschaftliche Zweigorganisationen

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 19. Januar 1910.

Sinfoniekonzert im Stadttheater. Haydns Sinfonie in G-Dur ist wohl geeignet, den Verehrern der klassischen Musik einen besonders Genuß zu verschaffen. Die klare Gliederung und der mozarische Aufschwung in der Melodie (ein präzises Spiel vorausgesetzt), das sind die Eigenschaften, welche Haydn hier auszeichnen. Der zweite Teil des Programms brachte an Orchesterfächer zwei moderne Meister, Max Schillings und Wagner. Von Schillings spielte Krug-Waldee das Vorspiel zu dem dritten Akte vom „Fiebertag“. „Von Spielmanns Lust und Leid“ wird das Werk näher bezeichnet. Schillings ist über Wagner in der Instrumentation hinausgegangen, sagt man. Man meint: äußerlich. Ueber den inneren Gehalt der Werke beider läßt sich streiten. Schillings arbeitet, was angängig, mit diesen Farben, läßt aber auch seine Tonmalerei wie ein Wasserzeichen zu dal rinnen. Spielmanns Lust und Leid hat er in derselben Weise geschildert: Aus einem schwebenden tiefen Tone, der durch die Pauke einen unruhigen Charakter bekommt, hebt sich scharf und auffällig eine Leise (d. i. eine kirchliche Melodie des Mittelalters mit einseitig klagenhem Gepräge). Die düstern Orchesterfarben schildern ein unverkennbares Grauen. Doch unweilert, ja unerwartet, schreitet die Leise weiter. Ein dumpfer Regenbrei, dann ist sie plötzlich abgebrochen und eine neue Melodie hebt an, ungelent im Interball, aber kraftvoll. Ein Zwiegespräch zwischen mehreren Instrumenten beginnt und nimmt sehr bald orchesterlichen Charakter an. Das Horn tönt als Herold hochgehender Gefühlswogen. Aber bald glätten sich diese. Dann klingen die ersten Violinen, begleitet vom übrigen Streichkörper ohne die Pflö. Das Holz stellt sich dazu, dann wieder die Hörner. Ein Lied vom schweren Leid ertönt, dem das Blech in Oktaven als eberne Schicksalsstimme mächtigen Ausdruck gibt. Nach einem kurzen vollen Orchesterfächer eine grolle Pause. Noch einmal ein jähes Aufklaren des Gefühls. Dann mittelsamerne Ruhe, die aber von einer unwiderwilligen intimen Stimmungsalterei abgelöst wird. Man kehrt zum Eingang zurück und über die Liebe triumphiert das Leid. — Diese kurze Besprechung des Schillings'schen Vorspiels mag andeuten, wie weit ab unsere modernen Tonbildner von den klassischen Haydn, Mozart, Beethoven ufm. stehen. Jede Art hat ihre Berechtigung. Den klassischen schönen Stil ersetzt die Moderne durch diese der Empfindung, wogu Wagners Vorspiel und Fiolides Liebesnot aus „Tristan und Isolde“ — die Schlussnummer des heutigen Programms — den gleichen Beweis ergeben. Krug-Waldee war in diesen Nummern nur zu loben.

Instrumental-Solistin war Stefi Geher aus Budapest, eine junge Violin-Virtuosin mit natürlichem, naivem Empfinden, noch nicht ausgereift als selbständige Künstlerin, aber befähigt die höchsten Stufen ihrer Kunst zu erreichen. Ein jaurerer Ton und eine brillante Technik begleiteten ihre naturfällige Auffassung zu ersten Erfolgen. Das Mozartkonzert in G-Dur fand einen solchen. Siertemps' Rondo konnte ihr

als Blinder weiter keinen Ruhm einbringen, doch bewies es wenigstens ihre rapide Technik.

Eva Leßmann (Sopran) aus Berlin sang schlecht zusammengestellte Beethovenlieder, Schubert ufm. und ein Lied von ihrem Vater, aus dem ich die dritte Zeile zitiere: „Ob du's verweigern sollst, ob...“ Ja schweigen, schweigen; denn sonst wird die ganze Siegesallee von Musikern vierter, fünfter Güte lebendig. Aber sonst sang die Künstlerin mit Ausdauer, und, soweit die Stimme es hergab, mit äußerem Nachdruck. —

Gesellschaft für Volksunterhaltung.

Magdeburg, 19. Januar.

3. populärer Künstlerabend. Das reichhaltige Programm wurde von besten Kräften befrachtet. Die Programm-Veränderung hatte den Abend nicht ärmer gemacht. Für Ernst Rieder war der Heldentenor des Lübecker Stadttheaters Eduard Göbel eingekungen, welcher das poetische „Am stillen Herd“ aus den „Meisterjüngern“, das Liebeslied aus der „Walküre“ von Wagner und verschiedene Lieder sang. Ein kraftvolles Organ, eine gute Tonbildung verband sich mit einem lauberen, verständnisvollen Vortrag, so daß sich der Sänger ohne Zugabe nicht verabschieden konnte. Rimi Gutheim-Poensgens wieder bewies, daß die Künstlerin auch auf dem Konzertpodium zu Hause ist. Eine brillante Gesangstechnik unterstützte die warme Auffassung. Rezitatorin war Margarete Müller-Wilhelm. Besonders die letzte Nummer ihres Programms fand lebhafteste Zustimmung. Von verschiedenen jüngeren Kräften interessierte Frida Vollmann mit einem Klavier solo. Die Chorjungen wurden von Hermann Schlotter geleitet. Der Erfolg von Kreislmars Komposition schreitere an der Unzulänglichkeit des Chores und der Solistin, während das humoristische Pepita-Quartett des Jollner-Liederforts lebhaften Anklang fand. Im ganzen darf der Künstlerabend als ein erfolgreicher betrachtet werden. —

Kleines Feuilleton.

Zur Zahlung von 15 000 Mark wegen Kontraktbruchs wurde der auch in Magdeburg nicht unbekannt Schauspieler Schildkraut verurteilt. Er hatte mit dem Theaterdirektor v. Berger im Jahre 1905 einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er sich bis zum 31. Mai 1909 für das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg verpflichtete. Für den Fall des Vertragsbruchs war eine Strafe von 15 000 Mark ausbedungen worden. Trotzdem ging Schildkraut im Sommer 1905 einer Engagementsvertrags mit dem Deutschen Theater in Berlin ein. Er verlangte deshalb von dem Theaterdirektor v. Berger Entlassung aus dem Vertrag und machte geltend, daß ihm das Hamburger Klima nachteilig sei. Eine ärztliche Untersuchung ergab nichts zu seinen Gunsten. Der

Vorprozess, den Schildkraut gegen den Theaterdirektor v. Berger geführt hatte, verlief zu seinen Ungunsten. Seine Klage auf Entlassung aus dem Vertrag ist endgültig abgewiesen worden. Nunmehr hatte der seinerzeit belagte Theaterdirektor Klage gegen Schildkraut auf Zahlung der Vertragsstrafe von 15 000 Mark erhoben. Mit dieser Klage drang der Kläger in allen drei Instanzen durch. Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg erkannten auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung. Das Oberlandesgericht führte aus, daß unzweifelhaft ein Vertragsbruch vorliege. Der Beklagte habe gar nicht der Meinung sein können, daß ihn der Kläger aus dem Vertrag entlassen werde. Was die Strafe anlangt, so sei sie nicht zu hoch. Es sei bei solchen Verträgen üblich, das Jahresgehalt als Höhe der Vertragsstrafe festzusetzen. So habe der Beklagte mit dem Theaterdirektor Reinhardt von dem Deutschen Theater in Berlin sogar eine Vertragsstrafe von 16 000 Mark vereinbart, trotzdem er dort für die ersten Jahre nur 10 000 Mark und für die weiteren 12 000 Mark Jahresgage erhalte. Diese Strafe sei aber deshalb nicht zu hoch, weil der Theaterdirektor Interesse daran habe, schauspielerische Kräfte sich auf Jahre hinaus zu sichern, um sie für sich heranzubilden und mit ihnen Summwerke ersten Ranges in künstlerischer Vollkommenheit zur Ausführung zu bringen. Das sei aber nicht möglich, wenn die Künstler mit ihren Engagements nach Belieben wechseln. Das Reichsgericht hat jetzt das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg durch Zurückweisung der Revision des Beklagten bestätigt. —

Die streikende Theaterkritik. In Kopenhagen ist wie vor dort geschrieben wird, die ganze Theaterkritik in einem Ausmaß getreten. Die Veranlassung bildete ein Aufsatz des hiesigen Monatschrift „Das Theater“, worin unter anderem an dem Direktor des Dagmar-Theaters, Herrn Christmas, Kritik geübt wurde. Darauf haben die Kopenhagener Bühnenleiter, die durch die ungewöhnlich geringen Erfolge der laufenden Spielzeit vielleicht in etwas gereizte Stimmung geraten und gereizt sind, der Kritik eine erhebliche Schuld an ihren Mißerfolgen zugeschrieben, gegen das „Theater“ eine Varnulle erlassen. Ueber die Zeitchrift wurde die Strafe verhängt, daß sie für 3 Monate vom Besuch der Theater ausgeschlossen und ihr auch das Recht entzogen wurde, auf den Generalproben Photographien aufzunehmen. Die Theaterdirektoren hatten aber nicht mit dem Solidaritätsgefühl der Kopenhagener Kritik gerechnet. Die Pressevertreter versammelten sich alsbald, lehten das Vorgehen des Direktorenvereins als Uebertreiff ab und erklärten, sofort in Ausnahm zu treten. Die Folge war, daß bereits die Premiere des Dagmar-Theaters am Sonnabend abend unbesprochen blieb. Am Sonntag versammelten sich die Theaterdirektoren zur Veratschlagung über die Sachlage, doch ist es noch zu keinem endgültigen Beschluß gekommen, und der Streik der Theaterkritik dauert daher vorläufig fort. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 17.

Magdeburg, Freitag den 21. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Barleben, 20. Januar. (Die Wählerliste) liegt von jetzt an im Gewerkschaftshaus zur Einsicht aus. Sollte ein Wähler nicht in der Liste verzeichnet sein, so wird Genosse G. Bäcker das Weitere veranlassen.

Niederbodeleben, 20. Januar. (Zu den Gemeindevorwahlen.) Am 16. Januar fand eine Sitzung des Familienvereins statt, in der Genosse Mittich einen Vortrag über Gemeindevorwahlen hielt. Die Listen liegen jetzt mittags in den Dienststunden aus. Tue jeder seine Pflicht, damit wir am Tage der Wahl mit einem glänzenden Sieg unsere Kandidaten durchbringen. Bei einer Anfrage an die Wirte um Freigabe der Lokale haben diese wieder ablehnend geantwortet. Trotzdem gründen sich immer noch Vereine, deren Mitglieder auch nur Arbeiter sind und diese Leute unterstützen. Das muß endlich besser werden. Am Sonntag nachmittag ist eine Sitzung des Sozialdemokratischen Vereins, am Abend eine solche des Familienvereins.

Aken, 20. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Vornahme der üblichen Wahlen ergaben folgendes Resultat: Vorsitzender wurde Hugo Schmidt, 2. Vorsitzender Karl Werseburg, Schriftführer Polizeisekretär Weps und Stellvertreter Kirchhoff. Ueber Aufstellung und Genehmigung eines Disziplinarstatuts gegen Verunstaltung von Straßen und Plätzen referierte Stadtv. Herrmann. Stadtv. Genosse G. r. i. g. beantragte, die Vorlage erst einer Kommission von 6 Mitgliedern zu unterbreiten, damit die Stadtverordneten ein klares Bild von der Vorlage gewinnen. Es wurde beschlossen, daß die beiden Baukommissionen bis zur nächsten Stadtverordneten-Sitzung die Vorlage nochmals prüfen sollen und daß dann eine Abstimmung darüber vorgenommen werden soll. Dann wurden noch zehn weniger wichtige Angelegenheiten erledigt.

Altenplathow, 20. Januar. (Die Wählerlisten) zur Gemeindevahl liegen vom 15. bis 30. Januar beim Vorsteher aus, eine Abschrift bei Elies und Blesmann.

Barby, 20. Januar. (Ueber „Monarchie und Demokratie“) wird Genosse Weims an den Sonntagen: 22. und 29. Januar und 5. Februar sprechen und es ist anzunehmen, daß diese Abende recht zahlreich von den Genossen und Genossinnen besucht werden. Jedenfalls dürften an diesen Abenden zeitgemäßere Worte gesprochen werden als in der „Volks-Kanzel“, einem Blatte das dieser Tage den Lokalzeitungen beigelegt ist und das von Heiligkeit trieft.

Gommern, 20. Januar. (Nach tritt der Tod den Menschen an.) Der Minister knihte aus Prezien, der hier geschäftlich zu tun hatte, fiel am Mittwoch vormittag in der Breiten Straße um und war sofort tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Groß-Rosenburg, 20. Januar. (Leben und Bewegung) herrscht hier im Winter, während es im Sommer ruhig, fast traurig aussieht. Nach den Ursachen dieser Veränderung brauchen wir nicht lange zu suchen: es sind die Schiffe, deren gewerkschaftliche Organisation immer mehr und mehr erflarkt und in deren Reihen schon mancher Parteigenosse marschiert. Ja selbst die Frauen wollen nicht zurückbleiben, auch von ihnen zählen einzelne zur politischen Organisation. Ist auch die Zahl der Gegner in unserm Orte noch groß, so sind doch schon die ersten Schritte getan, die Arbeiterbewegung heranzu zu dem zu machen, was sie sein will und sein muß: Die Befreiung der proletarischen Männer und Frauen aus der Knechtschaft des Kapitals.

Halberstadt, 20. Januar. (Sitzung des Gewerkschafts-Kartells am 18. Januar.) Zu dieser Sitzung waren auch die Gewerkschaftsvorstände eingeladen. Entschuldigend fehlt je 1 Delegierter der Bauarbeiter, Steinbrücker und Tabakarbeiter. Unentschuldigend fehlen 3 Delegierte der Lederarbeiter, je 2 Delegierte der Schmiede und Metallarbeiter und je 1 Delegierter der Holzarbeiter, Schneider und Steinarbeiter. Der Hauptgrund für die Entschuldigung dieser außerordentlichen Sitzung war der Punkt „Orientierung über die Kosten der Einrichtung und Erhaltung eines Arbeiter-

sekretariats“. Um über diese Angelegenheit Klarheit zu schaffen, waren von einzelnen schon bestehenden Instituten dieser Art — Altenburg, Dessau, Herford, Burg, Bismarck, S. — Erkundigungen eingeholt worden. Das Resultat hatte Genosse S. Müller zusammengefaßt. Er führte die wesentlichen Vorteile der Arbeitersekretariate an. Ueberall, wo man derartige Institute errichtet hatte, konnten schon nach kurzer Zeit Fortschritte verzeichnet werden. Die Ausgaben bei den schon angeführten Sekretariaten schwanken zwischen 2050 und 2700 Mark. Übersteigen jedoch die letzte Summe nicht. Die sich anschließende Diskussion war eine rege; alle Redner waren von der Notwendigkeit der Aufstellung eines Sekretariats überzeugt. Einzelne Gewerkschaften hatten sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und waren auch schon einige Zusagen eingetroffen. Den Anwesenden wurde anheimgegeben, in ihren Gewerkschaften kräftig für die Durchführung einzutreten. Die Arbeitslosenzählung soll am kommenden Sonntag vorgenommen werden. Die Material gelangt am Sonntag, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur Ausgabe und ist zur gewissenhaften Durchführung dieser ebenfalls äußerst wichtigen Angelegenheit eine starke Beteiligung nicht nur der Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten, sondern auch aller übrigen Gewerkschaftler notwendig.

Neuhaldensleben, 19. Januar. (Die erste diesjährige Stadtverordneten-Sitzung) mit recht ausgedehnter Tagesordnung fand am Montag statt. Zur Geschäftsordnung fragte Genosse Blume an, weshalb der Antrag des Gewerkschafts-Kartells über die Desinfektion nicht auf die Tagesordnung gesetzt sei. Da der Vorsteher den Antrag vom Magistrat nicht erhalten hat, versprach er ihn, auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Unsrer Turmuhr leidet an Altersschwäche und muß durch eine neue ersetzt werden. 1500 Mark werden hierzu aus Sparkassenüberschüssen Verwendung finden. Bei der Entlohnung des Rechnungslegers wurde verschiedenes recht Interessantes festgestellt. Der Stadtbauinspektor Pfloß erhielt für die Herstellung des Gerichtshauses (Minderbewahranstalt) eine Gratifikation von 500 Mark, allerdings nicht aus städtischen Mitteln, sondern aus Wunsch der Stifterin der 30 000 Mark. Bekannt wurde ferner, daß der Ingenieur Geißler für die Entwürfe der Wasserleitung und Kanalisation 12 500 Mark erhalten hat, außerdem noch 3 Prozent der Baukosten von 450 000 Mark. Im ganzen hat er dabei 26 000 Mark verdient. Das wird sicher zufriedenstellend für den Ingenieur sein. Daß die Stadt verschiedene tausend Obstbäume besitzt und von diesen entsprechenden Nutzen zieht, ist erwähnenswert. Die Rechnungslegung des städtischen Elektrizitätswerts ergab, daß die Stadt bei einer Einnahme von 80 000 Mark einen Unternehmervorteil von 25 000 Mark für das verfloßene Jahr erzielte. Angeregt durch die Höhe des Leberchiffes, wurde eine bessere Beleuchtung der Stadt beschlossen. Der Haushaltetat ist für 1910 mit 416 000 Mark in Einnahme und Ausgabe angenommen. Die Zuschläge zu den Einkommensteuern sind auf 230 Prozent festgesetzt. Die Realsteuern bleiben auf 200 Prozent stehen. Von der Sparkasse wird ein Ueberschuß von 12 000 Mark erwartet. Das Elektrizitätswert soll 21 000 Mark, die Wertzuwachssteuer 6500 Mark und das Seminar 5000 Mark bringen. In der Ausgabe sind für die Armenpflege 8 000 Mark veranschlagt. Das Straßenpflaster befindet sich nach Fertigstellung der Kanalisation in einem erbarmungswürdigen Zustand. Eine Veränderung wird im Frühjahr stattfinden. Genosse Blume regt bei dieser Gelegenheit an, die Pflasterung der Süplinger und Alvensleber Straße und des Jungfernstiegs endlich auszuführen, ebenso den Kommunikationssack nach Neuenhofe einer Verbesserung zu unterziehen. Da der Pflastererschuldfonds 37 000 Mark aufweist, werden die Arbeiten ausgeführt werden. Gegen etwa entstehende Entschädigungsklagen ist die Stadt für alle Hoch- und Tiefbauten gegen Haftpflicht mit 150 000 Mark versichert. Bei dem Bericht über die Rechnungslegung beanstandete Herr Herrmann das geradezu fouveräne Auftreten des städtischen Bauamts, das sich im Verkehr mit den Handwerkern an Seminaraun unliebsam bemerkbar mache, und wünschte Mithilfe durch den Magistrat.

Quedlinburg, 20. Januar. (Unfallverhütung und Arbeiterschutz.) Ueber dieses Thema hat der Deutsche Metallarbeiter-Verein in den verschiedenen Städten seines 5. Bezirks Vorträge veranstaltet. In dem Bereich der Verwaltungsjuristen Quedlinburg wurden vom 16. bis zum 18. Januar drei solcher Vorträge in Gertrode, Thale und Quedlinburg von Sebastian Lauterbach

aus Stuttgart gehalten. Alle Veranstaltungen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Außerordentlich lehrreich und interessant waren die Vorträge und die Erklärungen des Redners über die Verhältnisse in den Härt- und Walzwerkbetrieben. Wer nie Gelegenheit hatte, in solche gefährlichen Betrieben Einsicht zu nehmen, konnte sich ein Bild von den Verhältnissen und Qualen der dort Beschäftigten machen. Ebenso lehrreich waren die Bilder und Ausführungen über den Fortschritt der Technik in der Metallindustrie. Eine Anzahl Bilder zeigt die Schutzvorrichtungen in der Charlottenburger Wohlfahrtsausstellung und in dem bayerischen Arbeitsmuseum in München. Wenn alle diese ausgestellten Schutzvorrichtungen benutzt würden, so läßt sich der Redner aus, würde eine Herabminderung der Unfallgefahr möglich sein. Sehr falsch sei es von den Arbeitern, aus Bequemlichkeit oder weil sie mit ihrem Akkor nicht zurechtkommen, die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht zu benutzen. Es sei doch jedenfalls vernünftiger, mit Hilfe der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, als durch solche gefährlichen Arbeiten Leben und Gesundheit zu gefährden und schließlich Not und Elend über die Familie herbeizuführen.

Im zweiten Teile des Vortrags wurden die hauptsächlichsten Gewerkschaften der Metallarbeiter in sehr deutlicher Weise gezeigt, die Folgen der Bleivergiftung, die Gefahren des gewerblichen Staubes in den verschiedenen Berufen, die Wirkung des Staubes auf die Lungen usw. Von allen gewerblichen Krankheiten sei die Lungen- tuberkulose die gefährlichste für die Metallarbeiter. Für genügende Ventilation müsse Sorge getragen werden. Zu welcher Weise dieses geschehen kann, zeigen wiederum eine Anzahl Bilder. Aber nicht nur eine Gewerbe-, sondern auch eine Wohnungsfrage sei die Lungen- tuberkulose. Schlechte und gute, gesunde und ungesunde Wohnungen wurden den Versammelten vor Augen geführt. Eine Anzahl Bilder zeigen uns die Verhältnisse in den englischen Arbeiter- wohnungen. Würden die deutschen Arbeiter alle ein solches schönes Heim haben, so würden sie sich auch behaglicher zu Hause fühlen. Der Redner führt weiter aus, daß wenn wirklich etwas auf diesem Gebiet erreicht werden soll, alle Arbeiter ohne Ausnahme Hand anlegen müssen. Dieses sei möglich durch den Anschluß an die Berufsorganisation. In anschaulicher und übersichtlicher Weise wurden durch ein Bild die Leistungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den letzten Jahren gezeigt. Aber nicht nur durch den Anschluß an die Berufsorganisation habe der Arbeiter seine Pflicht erfüllt, sondern es ist auch notwendig, daß er sich politisch betätigt. Wir wünschen nur, daß diese Vorträge überall und nicht nur von den Metallarbeitern, recht stark besucht werden.

Schönebeck, 20. Januar. (Arbeitslosenzählung.) Vom Kartell wird am 23. Januar, vormittags 10 Uhr, eine Arbeits- losenzählung vorgenommen werden. In der Stadtverordneten-Sitzung am 12. November betonte der Magistrat, daß zurzeit noch keine Arbeitslosigkeit herrsche, da im Freien noch viele Arbeiter zu verrichten sind und Arbeiterentlassungen im großen noch nicht stattgefunden haben. Da das Material der Arbeitslosenzählung zu statistischen Zwecken verwendet wird, liegt es wohl im Interesse der ganzen Bürgerchaft von Schönebeck, Groß-Salze, Froße und Felgeleben, in welchen Orten die Zählung vorgenommen wird, die Zähler zu unterstützen. Die Zähler muß genau ausgefüllt, die 14 Fragen demgemäß wahrheitsgetreu beantwortet werden. Zähler müssen sich auch in reichlicher Zahl zur Verfügung stellen. In Schönebeck verammeln sich die Zähler im „Bürgerhaus“, in Groß-Salze in der „Stadt-Hamburg“, in Froße bei Heinemann und in Felgeleben in der Wohnung von Werthmann, vor- mittags 10 Uhr.

(Wohnende Beschäftigung.) Bei der Firma Joseph Scheuer, Zirkonfabrik, hier fragten dieser Tage einige Arbeiterinnen wegen Arbeit an und wurden auch angenommen. Dauernde und lohnende Arbeit wurde versprochen. Eine der Arbeiterinnen konnte die Arbeit nicht vertragen. Als sie ihren Lohn in Empfang nehmen wollte, hatte sie in zwei Tagen genau 1,57 Mark verdient. Davon erhielt sie 1,37 Mark. Leider herrscht unter den Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Firma eine Inter-Respektlosigkeit, wie sie hier in keinem Betrieb sonst zu finden ist. Wie lange wird es noch dauern, bis die Arbeiter erkennen, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie ihre Lage verbessern wollen?

Moderne Sklavinnen.

Ein Theater-Roman von Ludwig Dendler.

(60. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ist auch heute wieder nichts mit der Post für mich gekommen?“ fragte Maria jogleich nach Wernickes Fortgehen Tante Christine.

„Bis jetzt leider nein, Mädchen, aber — die Hoffnung nicht aufgeben. Morgen werden sich sicher Deine Wünsche erfüllen.“

„Weinst Du, morgen? Gaha!“ Marias Lachen, früher melodisch und von besonderm Reiz, klang jetzt unfrei und verbittert. „Was man vom „morgen“ nicht alles erwartet, wenn das „heute“ im Stiche fällt.“

„Ach, Du bist aber auch gar nicht mehr nett,“ schalt freundlich die Tante. „Bedenke, daß heute Sonntag ist, und Briefe nur einmal ausgetragen werden. Wer weiß, ob Dein Glück nicht schon auf der Post liegt.“

„Wenn es läge —“ murmelte Maria schmerzhaft bewegt und faltete erhobenen Blickes die Hände. „O mein Gott!“ Dann wieder wendete sie sich zu Tante Christine:

„Ich möchte Dich bitten, Tante, mich dann auch morgen um vier Uhr nachmittags zu dem Rechtsanwalt Wenzberg zu begleiten.“

„Zum Rechtsanwalt, Du selbst, Kind?“ fragte erstaunt Tante Christine. „Ja, wenn nur Deine Gesundheit das erlaubt!“

„Die wird es erlauben.“

„Ruhe sollst Du Dir doch jetzt vor allen Dingen gönnen.“

„Ruhe werde ich erst finden, nachdem ich mit einem Rechtskundigen über meine Sache gesprochen habe,“ erklärte Maria mit einer Bestimmtheit, die jeden fernern Einwand ausschloß.

Nur schüchtern nahm nach einer kleinen Pause Tante Christine die Unterhaltung dann wieder auf:

„Auch Herr Stolzenberg wollte sich so gern nochmals persönlich über alles mit Dir unterhalten, Maria. Du solltest Dich doch dem Einfluß dieses wirklich vorzwecklichen Menschen, der es so gut mit uns meint, nicht grundsätzlich entziehen.“

„Seinem Einfluß? Ich verleihe Dich nicht recht, Tante Christine. Meinest Du, daß er solchen doch noch auf mich gewinnen soll? — Das wird niemals werden. Kann Herr

Stolzenberg mir in meinem Beruf, an dem ich, je trögiger er sich von mir wendet, um so leidenschaftlicher hänge, zur Seite stehen, kann er mir helfen, Hindernisse, die sich hochhoch mir entgegenstellen, zu überwinden? Du selber sagtest: „Kann,“ und so Tante, ist er nicht mein Mann. Wozu eine Unterhaltung mit ihm, die nie zu etwas führen könnte? Zu einem Manne aber, dessen Gefinnungen wir schätzen müssen, der uns Ratschläge seiner aufrichtigen Liebe bringt, unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken, erscheint mir ein gewissermaßen Frevel.“

„Und Deine Versorgung, Maria? Du solltest jetzt auch daran denken,“ sagte Tante Christine noch schüchtern hinzuzufügen.

„Um ihrewegen einen ungeliebten Manne angehören —? Niemals!“ erwiderte Maria. „Eine Versorgung,“ fügte sie bitter hinzu, „findet sich auch sonstwo noch.“

16. Kapitel.

Am Abend desselben Sonntags, der über die eben geschilderten Ereignisse verstrichen war, hatte die Erstaufführung der Oper „Die versunkene Glocke“ von Böslner stattgefunden.

Nicht ebenso bedeutend, wie an einigen andern gleichwertigen Bühnen, war der Erfolg des Werkes, von dem auch die Direktion Himmann sich außerordentlich viel versprochen hatte, unter Kapellmeister Heberleins Taktrod gewesen, und man war nun im Kreise des Theaterbüchchens begierig zu erfahren, wie die gestrenge Kritik zu dem Opus selbst wie auch zu seiner Wiedergabe Stellung nehmen werde.

Zu diesem Zwecke war nichts empfehlenswerter, als ein Besuch des Kaiser-Cafes, dessen Register an vorhandenen Zeitungen weit dasjenige aller übrigen Lokale der Stadt übertraf, und welches selbstverständlich auch kein einziges der am Orte selbst erscheinenden Blätter, sogar nicht einmal den sozialdemokratischen „Volksfreund“ vermissen ließ. Erklärlich war es denn auch, daß an Tagen nach Premieren, ob sie nun in das Fach des Schauspiels oder der Oper fielen, die Nachträge nach den Lokalblättern von nachmittags vier Uhr ab, wo sie herauskamen, außerordentlich rege war. Ein jedes Bühnenmitglied, die hochlöbliche Direktion an der Spitze, behauptete zwar und behauptet jederzeit, daß alles, was da Zeitungsreferate sind, sie durchaus kalt lasse, nicht im geringsten interessiere, daß man das Geämmer, Geschreibsel, den Wödsinn überhaupt gar nicht lese und dennoch zeigt sich nur der kleinste Abriß eines Blattes, in dem

„was steht“, dann möchte jeder gern dem andern dieses aus der Hand reißen.

Olga Eggers und Fräulein Rauchfuß, ein ebenso durchtriebenes als gefallsüchtiges Mädchen, die ursprünglich das „Rautenbelen“ singen sollte, der man aber die Partie wegen ihres Mißerfolgs im „Reising“ wieder abgenommen hatte, waren die Glücklichen, die sich mittels unerhörter Zügigkeit zuerst in den Besitz einiger Kritiken zu setzen wußten.

Berichtungen in der Tat — mit den Augen — wurden nun besonders diejenigen Zeilen, die über Fräulein Werten, die neue Akquisition des Direktors, das „Griak-Kautend- sein“ der Novität, berichteten, und diabolisch geradezu gestaltete sich die Freude des Fräulein Rauchfuß, als sie las, daß man auch diese Vertreterin der Rolle mit derben Ausstellungen bedachte.

Olga Eggers war zufrieden. Das Urteil über sie lautete: sie habe ihre „Magda“, des Glockengießers unglückliches Weib, in Gesang und Spiel vortrefflich vorfernd.

„Eine Kritik mehr,“ äußerte sie sich erfreut zu ihrer Tischgenossin, „die ich für N. prächtig mit verwenden kann. Denk Dir mal, unter lieber Waltherr — er hat mich an Herrn Oberregisseur Schneeweiß auf meine Bitten hin so warm empfohlen, daß ich dort auf Engagement gastieren soll.“

„Waltherr Dich empfohlen?“ fragte mit impertinent verzogenen Mundwinkeln die Rauchfuß. „Gerade der, als der schärfste Gegner Deines Freundes Heberlein?“

„Du irrst, liebe Rauchfuß, in beiden Punkten. Niemals war Waltherr der schärfste Gegner Heberleins, höchstens hat er sich gegen dessen Annäherungen verwahrt, was aber meine Freundschaft zu Heberlein betrifft — sie war einmal. Aber — reden wir nicht mehr davon, heut' eckelt er mich an.“

„Ei, ei, wen wird er denn da jetzt zu seiner Zänselkebe erheben?“

„Ich denke mir: Fräulein Schmeier, die Naive vom Schauspiel.“

„Die mit der Junge anstößt?“

„Gaha!“

„Was lachst Du? Das gehört doch heut' zum Schauspiel. Früher nahm man nur wirklich hübsche, tadellose Weiber zum Theater, heute kommt's auf einen kleinen „Verdruf“ oder einen dilo Zungenfehler nicht an. — Und Waltherr heiratet in der Tat die Hebertisch?“

„In aller nächster Zeit.“

(Fortsetzung folgt.)

Vereins-Kalender.

Deutscher Volkshilfs-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg. Bezirksversammlungen: in Ludau am „Ludau“-Saal, Dorotheenstraße 14, am Sonntag den 22. d. M., abends 8 Uhr; in Neue Neustadt am Sonntag den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Hof“, Friedrichsplatz 2. — Die Bezirks-Delegierten tagen am Montag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7. Näheres im heutigen Inserat.

Verband der Fabrikarbeiter, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonntag den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr: Bezirk Westerhäfen-Saale im Lokal des Herrn Alex. Hoffmeier; Bezirk Dierleben im Lokal der Witwe Strumpf, Breite Straße 18. — Die Generalversammlung der Mitglieder sämtlicher Bezirke findet am Sonntag den 30. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Sachsenhof“ statt.

Zentralkrankenkasse der Maler. Am Sonnabend den 22. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Goldf. Tischlerkuglhofstraße 22.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Am Sonntag den 23. Januar, vormittags 11 Uhr, im Jahlotal St.-Michael-Straße 16 Generalversammlung.

Turnerschaft Magdeburg (M.-L.). Vbl. Sudenburg: Freitag den 21. d. M., abends 9 1/2 Uhr (vorher Turnen), Monatsversammlung ausnahmsweise in der „Berthler Bierhalle“.

Benedekerk. Freie Turner. Sonntag den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. — Freitag Vorstandssitzung.

Westerhäfen. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Andreas Paulmann (Deutsches Haus).

Reinhaldensleben. Kartellsitzung am Sonntag den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Herzog.

Stahlfurt, 20. Januar. (Ein unbedeutender Brand) entstand während Nacht im Keller des Weinhandlungsgeschäfts von Klose, und zwar durch Kurzschluss, der herbeigeführt sein soll durch eine Spannung des unterirdischen Kabels infolge einer Erdbebung. Ob schon die Feuerwehre nicht in Tätigkeit zu treten brauchte, vollführte sie doch den üblichen Akt. Es blüht bei der mittelalterlichen Wohnheit: um einige Feuerwehreute zu werden, muß man ganz Stahlfurt aus dem Schlafe sprechen.

— (Ein überaus frecher Diebstahl) wurde am Dienstag abend zwischen 6 und 7 Uhr bei „Blumen-Richters“ in der Köhmannstraße vollführt. In den oberen Wohnräumen stahlte sich der Dieb in aller Gemütsruhe Licht an und kramte alle Schränke und Kommoden aus. Kleidungsstücke, Wäsche, silberne Hülsen, Wertgegenstände, Papiere, was nur mitnehmerswert war, alles ist mitgegangen.

— (Der erschossene Wilderer) ist nunmehr rekonstruiert. Es ist der Arbeiter Gustav Jerner aus Wackerleben. Sein Kollege, der Arbeiter Nitzel, ebenfalls von Wackerleben, ist ermittelt und verhaftet.

— (Der Winter-Turnunterricht) der hiesigen Schulen hat im Saale des „Goldenen Löwen“ in dieser Woche begonnen.

— (Kleidung für arme Konfirmanden) ist bis spätestens den 2. Februar bei den Bezirksvorstehern zu beantragen.

Tangermünde, 20. Januar. (Der Reichsverband) hat sich hier auch häuslich niedergelassen. Leiter der Gründungsversammlung war der Erste Bürgermeister Ulrichs. In den Vorstand wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Pastor Engel, zum 2. Vorsitzenden und Schriftführer Oberzollrevier-Landrat zum Kassierer Zollaufseher Rasch und sieben Beisitzer aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Ortsgruppe soll mit etwa 260 Mitgliedern ins Leben getreten sein. Generalsekretär Michaelis bezeichnete als Zweck des Reichsverbandes alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen. Er erkennt insbesondere als seine Aufgabe, zu diesem Behuf — unter voller Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage — der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Tätigkeit der Sozialdemokratie durch Wort und Schrift entgegenzutreten; bei Wahlen aller Art in den durch die Sozialdemokratie gefährdeten Bezirken und Orten auf ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien hinzuwirken; den durch sozialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren. Mit ihrer Verbeugung vor der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter werden die neuen Reichsverbände kein Glück haben. Monarchie und reichsverbändlerische Vaterlandsliebe sind nur die Kräfte, die seinen Kampf gegen die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bedecken.

Thale, 20. Januar. (Patriotismus.) Ganz besonders feierlich soll in diesem Jahre das patriotische Fest vor sich gehen. Der Verein für Kaiser und Reich erläßt einen großen Aufruf an alle Kriegsveteranen, Mitglieder der Militär-, Turn- und Gesangsvereine zur offiziellen Feier am 23. Januar in der „Forelle“. Zur freiwilligen Teilnahme müssen nun Polizeibeamte bei den Handwerksmeistern, Geschäftsleuten, Beamten usw. zur Einzeichnung in die Liste auffordern. Es wird hierbei gesagt, daß der Herr Gemeindevorsteher das „gewünscht“ habe. Zur Verschönerung der Feier sollen ebenfalls auf dringenden höheren Wunsch die drei Gesangsvereine Arion, Liedertanz und der Hüttengejangverein mitwirken. Hierbei soll der Liedertanz auf die Probe gestellt werden. Sollte er die Mitwirkung ablehnen wie im vorigen Jahre, dann wird der Dirigent, Lehrer Krewes, seinen Kopfen niederlegen. Die Mitglieder der drei Gesangsvereine sind fast alle Arbeiter vom Eigenhüttenwert; hoffen wir deshalb, daß sie die Probe „gut“ bestehen werden.

— (Lichtbildervortrag.) Der vom Deutschen Metallarbeiterverband veranstaltete Lichtbildervortrag war von über 700 Personen besucht.

Wackerleben, 20. Januar. (Die Gemeindevorsteher-Liste) liegt bis zum 31. Januar bei dem Gemeindevorsteher öffentlich aus. Wir erziehen alle Wähler, sich persönlich davon zu überzeugen, ob ihr Name in der Liste eingetragen ist. Wer hieran gehindert ist, kann sich beim Genossen Franz Schweinzig melden. Nicht eingetragene Wähler können ihr Wahlrecht nicht ausüben.

Wernigerode, 20. Januar. (Stadtverordnetenversammlung.) Auf Anfrage, wie weit die Vorarbeiten für die Errichtung der Anbahnungsmittelschule vorgeschritten seien, erklärt Bauamt Deißel, der Bau-

kommission hatten schon Pläne vorgelegt, jedoch sei die Platzfrage noch nicht zum Abschluß gekommen. Für das Winterfest in Schierke werden 50 Mark für einen Ehrenpreis bewilligt, trotzdem Genosse Bartels darauf hinwies, daß durch diese Veranstaltung die Fremden vor dem Ort abgesehrt würden, weil während des Festes die Schürpfung der Gasse eine so riesige sei. Der Armenrat wird auf Antrag Bartels von der Tagesordnung abgesetzt, da er erst gedruckt vorgelegt werden soll. Eine lange Debatte entspann sich bei der Beratung des Ortsstatuts betreffend die Heranziehung der Anwohner zu den Kosten der Herstellung und Erneuerung von Bürgersteigen mit rückwirkender Kraft bis 1896. Die Hausbesitzer der Innenstadt sehen darin eine besondere Härte, und die Hausbesitzervereine sprachen in einer an die Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Resolution die Hoffnung aus, daß der Entwurf abgelehnt werde. Nach dem vom Stadtbaurat vorgelegten Berechnungen betragen beispielsweise die Kosten für einen 20 Meter langen Teil des Bürgersteigs in der Breiten Straße für den Anwohner auf die im Entwurf vorgesehene Frist von 5 Jahren verteilt, pro Jahr etwa 18 Mark. Von den Anhängern der Vorlage wurde deshalb auch betont, daß die Voreingenommenheit gegen die Vorlage nur in einem kleinen Teile von Interessenten vorhanden sei, die das Wohlgehen und Gedeihen von Stadt hinter ihren persönlichen Interessen zurücktreten ließen. Im Jahre 1907, als das Ortsstatut erlassen worden sei, wurde jedoch die Hausbesitzer der Innenstadt, die sich gegen die vorgesehene rückwirkende Kraft am meisten ins Zeug legten, kein Wort verloren. Bei der vom Genossen Bartels beantragten namentlichen Abstimmung wurde nun auch, nachdem sich einige Stadtväter noch in letzter Stunde befehlen ließen, der Entwurf angenommen. Die Angelegenheit betreffend die Benutzung städtischen Grundes zu Restaurationszwecken vertritt, fand seine Erledigung durch Annahme eines Antrags Pafert, daß der Magistrat eine den Stadtvordrordneten entgegengelegte Anschauung vertritt, fand seine Erledigung durch Annahme eines Antrags Pafert, nach welchem der Beschluß vom 23. November aufgehoben wird. Demals wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat, da er von einer Entschädigung für die Benutzung städtischen Grundes zu den angeführten Zwecken nichts wissen wollte, zu ersuchen, eine gemischte Kommission zur Erledigung der Streitfrage einzusetzen, die Mehrzahl der Stadtvordrordneten ist aber seitdem umgefallen und der heute vorliegende Antrag des Magistrats auf Einsetzung der Kommission wurde somit hinfällig.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 19. Januar 1910.

Ohne Erfolg. Das Schöffengericht Quedlinburg verurteilte die geschiedene Frau Dorothea Rabbe aus Quedlinburg wegen Verleumdung eines Gerichtsbeamten zu 50 Mark Geldstrafe. Ihre Berufung wurde verworfen.

Bestrafter Freundschafftsdienst. Durch Urteil des Schöffengerichts Halberstadt erhielt der Arbeiter Döring 1 Woche und der Arbeiter Gustav Trefke aus Halberstadt 3 Tage Gefängnis. Döring schuldet seiner Wirtin die Miete, die dafür einen Teil seiner Bekleidungsgegenstände in einem Latenbergschlag verwahrt. Döring und Trefke brachen aber den Verbot gewalttätig auf, um sich wieder in den Besitz der Bekleidungsgegenstände zu bringen. Die von Trefke eingelegte Berufung wurde verworfen.

Unangenehmer Schlafkollege. Der Arbeiter Wilhelm Jüngling aus Dierleben hat in dem Schlafraum der Zuderraffinerie die Schränke erbrochen, woraus er Pantoffeln, Hosen und dergleichen entwendete. Wegen schweren Diebstahls wird auf 4 Monate Gefängnis erkannt.

Diebstahl. Der vorbestrafte Dachbeder Gustav Bachmann aus Quedlinburg hat einem schlafenden Arbeiter Lohmeyer und Refser gestohlen. Wegen Diebstahls im Rückfall erhält er unter Zubilligung mildernder Umstände 9 Monate Gefängnis.

Strafaußschub. Die Verkäuferin A. K. war bei dem Kaufmann Angelmann in Dierleben als Lehrling beschäftigt, wofür sie monatlich 10 Mark Gehalt erhielt, die jedoch zur Deckung der Schulden, die ihre Mutter bei dem Kaufmann hatte, von diesem einbehalten wurden. Um für ihre Angehörigen Weihnachtseinkäufe machen zu können, ließ sich die Angeklagte das Gehalt auszahlen und schickte die Rechnung, die der Kaufmann am Schluß eines jeden Monats ihrer Mutter ausstellte. Die Angeklagte erhielt wegen Urkundenfälschung 1 Woche Gefängnis. Es wurde jedoch Strafaußschub in Aussicht gestellt.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

| Sfer, Eger und Moldau. | | Saale | Elbe |
|------------------------|-----------------|-----------------|--------|
| Jungbunzlau | 17. Jan. + 0.25 | 18. Jan. + 0.40 | — 0.15 |
| Bautzen | „ + 1.07 | „ — | — |
| Sudwitz | „ + 0.10 | „ + 0.12 | — 0.02 |
| Prag | „ — | „ — | — |
| Unstrut und Saale. | | Mulde. | Elbe. |
| Straßfurt | 18. Jan. + 2.70 | 19. Jan. + 2.80 | — 0.10 |
| Weißenfels Unt. | „ + 2.02 | „ + 2.06 | — 0.04 |
| Erfurt | „ + 3.50 | „ + 3.58 | — 0.08 |
| Wittenberg | „ + 3.20 | „ + 3.30 | — 0.10 |
| Halle | „ + 2.73 | „ + 2.84 | — 0.11 |
| Halle Oberpegel | „ + 2.16 | „ + 2.20 | — 0.04 |
| Halle Unterpegel | „ + 2.65 | „ + 2.76 | — 0.11 |
| Deßau, Muldenbr. | 18. Jan. + 1.49 | 19. Jan. + 1.52 | — 0.03 |
| Hardenberg | 17. Jan. + 0.03 | 18. Jan. + 0.16 | — 0.13 |
| Brandeb. | „ + 0.69 | „ + 0.86 | — 0.17 |
| Wernitz | „ + 0.64 | „ + 0.85 | — 0.21 |
| Wernitz | „ + 1.00 | „ + 1.15 | — 0.15 |
| Kauzig | 18. „ + 1.24 | 19. „ + 1.46 | — 0.22 |
| Deesden | „ + 0.19 | „ + 0.02 | — 0.21 |
| Lützen | „ + 2.15 | „ + 2.20 | — 0.05 |
| Wittenberg | „ + 2.99 | „ + 2.97 | 0.02 |
| Köhlau | „ + 2.67 | „ + 2.65 | 0.02 |
| Barby | „ + 3.16 | „ + 3.20 | — 0.04 |
| Schneebed | „ + 2.88 | „ + 2.95 | — 0.07 |
| Magdeburg | 19. „ + 2.65 | 20. „ + 2.68 | — 0.03 |
| Tangermünde | 18. „ + 3.41 | 19. „ + 3.55 | — 0.14 |
| Wittenberge | „ + 3.02 | „ + 3.08 | — 0.04 |
| Brandeb.-Dömitz | „ + 2.54 | „ + 2.52 | 0.02 |
| Leuenburg | „ + 2.56 | „ + 2.56 | — |



Schuhhaus Egen Tamm

Sudenburg, Halberstädter Str. 114/115. 3078

Jetzt extra billige Preise!

500 Paar Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

Gelegenheitskäufe, sollen so schnell als möglich geräumt werden.

- 1a. Herren-Schneestiefel Goodyear-Welt 11.00
- 1a. Damen-Schneestiefel Goodyear-Welt 10.50
- 1a. Kinder-Schneestiefel Größen 33, 37, 42 Paar 1.25
- Schneestiefel herrenl. 25-25 2.50 27-30 3.00 31-35 3.50 36-39 5.50

Auf sämtliche Winterware 10 Prozent Rabatt!

Der heutige Verkaufspreis ist auf alle Waren deutlich aufgedruckt, und werden von diesen Preisen 10 Prozent abgerechnet und sofort in bar an der Kasse ausgezahlt.

Garantiert rein Aluminium

Kochgeschirr- und Fleischeri-Artikel

Jakobstraße 40

Nur einige Tage! Täglich neue Sendung! Massenerwerb!

Carl Meinhardt (Inh.: Alexander Petter) Erfurt

Rein-Aluminium-Kochgeschirr-Fabrik.

Hand-Versteigerung.

An Donnerstag den 2. Februar 1910, von nachmittags 2 Uhr an, sollen in meinem Geschäftslokal, Roatenweg 18, die Bücher der Monate März bis April 1909 sub Nr. 95759 bis 98666 versteigert werden.

Max Haacke.

Tüchtiger Arbeiter

Einzelnen und Bedienen des Automaten nach Zeichnungen sofort gesucht. Dreyer unter L 3116 an die Expedition der „Volkshilfe“.

Ich kaufe noch fortw. Kanarienhähne und weibchen für 5.00, zahle bis Sonntag hohe Ausnahme-Preise. F. H. Oehlert, Endelsstraße 1.

Die Volksbühne

Eine Sammlung von Einführungen in Dramen und Opern

Bis jetzt erschienen: Schiller, Kabale und Liebe; Schiller, Nora; Langemann, Bartel Turaxer; Rosenow, Rater Lampe; Wagner, Tannhäuser; Klein, Der zerbrochene Krug; Reising, Nathan der Weise; Angenauer, Der Pierrat von Kirchfeld; Galle, Jugend; Heibel, Maria Magdalena; Gogol, Der Revisor; Böhm, Ein Volksfest.

Preis à 10 Pfg.

Die Sammlung, vom Bildungs- und Kulturverein der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegeben, wird fortgesetzt.

Die Hefte sind vorrätig in der Buchhandl. Volkstimme

Wasserpflanzen

faucht jed. Pflanze Zeller, Schillerstraße Nr. 39

Mehrere j. Mädchen

andere gutbezahlte Beschäftigung bei Müller u. Hamel, Schokoladenfabrik, Breitenstraße 24.

Kalbfleisch billiger!

Freitag und Sonnabend Ausnahmepreise für ff. Kalbfleisch

Keule Rücken Niere Brust 50 Pfund nur Keine höheren Preise!

1a. Rindfleisch Bratenstücke (ohne Knochen à Pfd. 75) Suppenfleisch à Pfd. 55

1a. Schweinefleisch zu bekannt billigen Preisen

frisches Enten à Pfd. 30 bei 5 Pfd. nur 25. Gans à Pfd. 45. Leber à Pfd. 70. Gänsefleisch à Pfd. 55. Kalbsköpfe 30-40. Lunge à Pfd. 15

Rindermarksknochen 2 Pfd. 25 Pf.

A. Bosse, Gr. Münzstr. 14.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Gr. Münzstraße 3. Fernspr. 2511.

Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Auskunftszeit und am Sonnabend nachmittags und Sonntags ist das Sekretariat für Auskunftsfragen geschlossen.

Monteur od. tücht. Maschinenschlosser

welcher die Zusammenstellung und laufenden Reparaturarbeiten an vorzüglich in König in Magdeburg gelieferter Kalkhand-Feinpresse selbstständig auszuführen versteht, wird bei hohem Lohn für eine Kalk-Feinpressenfabrik als Fabrikarbeiter in dauernde Stellung gesucht. Gesuche mit Lebenslauf und Lohnansprüchen sind schleunigst einzuliefern unter L 3123 an die Expedition dieser Zeitung. 3121

Raucht
„Kleine Sachsen“
beste
2-Pf.-Zigaretten!

10% Rabatt 10%
bis 1. März
gewährt meiner werthen Kundenschaft, um Platz für die Frühjahrswaren zu schaffen.

Schuhhaus Brandt
Buckau 8191
Ecke Gärtnerstraße.

Reißzunge
empfiehlt Buchhandl. Volksstimme.

SINGER Nähmaschinen

Bequeme Zahlungsweise.
Bei Barzahlung hoher Rabatt.



Lager von Teilen, Nadeln, Öl.
Reparaturwerkstätte.

Singer Nähmaschinen-Fabrik in Wittenberge, Bez. Potsdam.

Magdeburg 3102
Breiteweg Nr. 174 ■ Jakobstr. Nr. 41

Neu! Neu!
„Bazara“
feinste
3-Pf.-Zigaretten!
In Qualität unerreicht.

Stadt-Theater.
Freitag den 21. Januar 1910
Anf. 6 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
3. Abend (gelbe Karten).
8. Vorstellung im Zyklus
Der Ring des Nibelungen.
2. Abend
Siegfried.
— Sonnabend: Fiesco. —

Stephanshallen
Dir. Rich. Proberz
— Abends 8 Uhr —
Varieté-Vorstellung
Streng begrenztes Programm
für Familien-Publikum

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Gr. Mühlstraße 8, 1 Tr. — Telefon-Anschluss Nr. 1912.
Sprechstunden nur wochentags am Vormittag von 9 1/2 bis 12 Uhr,
am Nachmittag von 5 bis 7 Uhr.

Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Barleben im Gewerkschaftshaus.
Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c.
Sonntag den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr
Bezirk Salbke im Gasthaus zur Eiche (Inhaber: August Bartels).

Auf der Tagesordnung der Versammlungen steht:
1. Vortrag resp. Bericht der Bezirksleitung. 2. Die Eröffnung des Statistikbeitrags. 3. Versammlungsreform und Verschiedenes.
Es referieren: in Barleben Karl Hoffmann und in Salbke Louis Gähnen.
Wir bitten um starken Besuch der Versammlungen.
Außerdem weisen wir darauf hin, daß von dem Zeitungsträger unseres Verbandes Eintrittskarten zu dem am Montag den 21. Januar im „Luisenpark“ stattfindenden Lichtbildvortrag über „Unfallversicherung und Arbeiterchutz in der Metallindustrie“ zum Preise von 10 Pfennig entnommen werden können.
Mit Gruß Die Verwaltung.

Sozialdemokratischer Verein
Magdeburg.

Bezirksversammlungen
finden statt:

Montag den 24. Januar er., abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2.
Bezirk Sudenburg in der „Herbster Bierhalle“, Schönninger Straße 14.

Dienstag den 25. Januar er., abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Magdeburg-Nord bei Böhme, Kleine Klosterstraße 15/16.
Bezirk Magdeburg-Süd bei Lütchefeld, Knochenhauerufer 27/28.
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c.
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Moldenstraße 43/45.

Die Versammlungen in Friedrichstadt u. Werder und Buckau fallen aus.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Parteigenossen, besonders die Frauen, werden ersucht, recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen.
Das Mitgliedsbuch ist zur Legitimation vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Burg! Freie Sängerschaft Burg!
— M. d. D. U. S. B. —
Am Sonnabend den 22. Januar 1910:
Großer Maskenball!
in sämtlichen Räumen des „Hohenzollernparks“.
Zur Aufführung gelangen:
1. Einmaliges Gastspiel des weltberühmten Zirkus Harrison.
2. Die kurzfristige Zehnplätzer Genervwehr. (Eränen werden gelacht).
3. Hochsensationell!
Um 1/11 Uhr:
Auftreten eines hiesigen Flugtechniklers mit seiner selbst erbauten Flugmaschine. Derselbe durchfliegt den Saal in einer Höhe von 5 Metern. Hierbei großer Donboregen.
Nach 11 Uhr im Nebensaal:
Eröffnung der Leipziger Messe
Gr. Jubel u. Trubel! 3 Musikkapellen!
Entrée 20 Pfennig. 3111
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr.
Einen hochhumoristischen Abend versprechend, ladet freundlich ein Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Magdeburg.

Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Buckau in der Thalia, Dorotheenstraße 14.
Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Verschiedenes.
Sonntag den 23. Januar, nachm. 3 Uhr
Bezirk Neue Neustadt im Saale des Weißen Hirsches, Friedrichsplatz 2.
Tagesordnung: Verbands-Angelegenheiten. Verschiedenes.
Montag, 24. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“
Werktattdelegierten-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Aufnahme einer Lohnsatelliten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Verwaltung.
NB. In der Neuen Neustadt findet nach der Versammlung ein Streikessen statt und wird rege Beteiligung erwartet. D. D.

Schönebeck.
Am Sonnabend den 22. Januar 1910, abends 8 Uhr:
Gr. Lumpen-Abend!
Die drei besten Lumpen erhalten einen Preis.
Hierzu ladet freundlich ein 3111
Franz Mieth, Königstraße 14.

Familien-Kranken- u. Sterbeunterstützungskasse „Eintracht“ zu Osterwieck.
Sonnabend den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der Frau Witwe Lehmann

Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Vorstandsbereich. 2. Kassensbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Vorstandswahl. 5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. 6. Statutenänderung. 7. Anträge nach § 33 des Statuts. 8. Geschäftliches.
Hierzu ladet ein Der Vorstand. Wilh. Japp.

Achtung! Barby Achtung!
Jeden Sonnabend:
Frühe Fluß u. Seeffische
Künderwaren
Marinaden — Dessertieren
Anna Busse
2598 Wilhelmstadt
Olbenstedter Str. 36.

des Genossen Heims über 3111
Monarchie und Demokratie
finden in der „Kanne“ wie folgt statt:
Sonnabend den 22. Januar, Sonnabend den 29. Januar
und Sonnabend den 5. Februar. Stets abends 8 Uhr.
Sämtliche Mitglieder des Balkvereins sind hierzu freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Aktion! Aken. Aktion!
Sonntag den 23. Januar 1910
findet im Berliner Hof eine
Volks-Theatervorstellung
statt. Zur Aufführung gelangt:
Der Muttersegen
ausgeführt von der hier gastierenden Nitzsche'schen Theatergesellschaft.
Eintrittskarten sind zu haben bei den Lagerhaltern Schmidt und Rödiger sowie bei Friedr. Bary, Roonstraße, und im Berliner Hof. 3121
Das Komitee.

Kranken- und Sterbekasse der Handwerker zu Burg. E. P. Nr. 4. zu Burg.
Sonntag den 23. Januar 1910, nachmittags 11 Uhr, im „Hohenzollernpark“
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Jährlicher Kassensbericht. 2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und des Kassens-Kontrollen sowie Festsetzung der Gehälter. 3. Sonstige Angelegenheiten.
Der Vorstand. Carl Rottke, Burgwerben.

Wieder eingetroffen:
Die Nonne
Roman von Denis Diderot.
Dieser großen Sittensroman nannte Goethe seinerzeit ein Meisterwerk. Der Staatskanzler glaubte, bei seinem Kennenlernen des Buchs beschlagnehmen zu müssen; auf das Zeugnis Goethes hin mußte er es wohl oder übel freigegeben. 24 Seiten Umfang.
Preis nur 50 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Todesanzeige.
Mittwoch nachmittags 4 Uhr starb infolge einer Operation meine liebe Frau, unfre gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante 1507
Minna Bruns geb. Kruse
im 81. Lebensjahre. Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid tiefbetruert an
Der trauernde Gatte
Hinrich Bruns.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 1/4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Sudenburger Friedhofs aus statt.

Sachsenhof Große Storchstr. Nr. 7.
Sonntag den 23. Januar
in allen Räumen:
Bockbierfest.
Im Saale Tanz.
Es ladet ein Albert Vater.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg
Bureau: Stephansstraße 35 I. — Fernsprecher Nr. 276.

16. Stiftungsfest
bestehend in:
Konzert, Vorträgen und Ball
findet am Sonnabend den 22. Januar 1910, im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c, statt.
Mitwirkende: Die Berliner Volkslied-Gesellschaft Lwowowsky und die gesamte Kapelle des Herrn G. Alert.
Gute, hiesige Mitglieder eingeführt, sind willkommen.
Kinder jeglichen Alters, die ihrer Schulpflicht noch nicht genügt haben, haben keinen Zutritt.
Kongress von 50 Personen im Saale im Bureau und bei hiesigen Kapellen zu haben.
Freundlich ladet ein Das Festkomitee.

Wilhelm-Theater
Freitag den 21. Januar
Benefiz für den 1. Kapellmeister
Herrn R. F. Adolff
Die geschiedene Frau.

Kaiser-Theater
Heute Freitag 2815
Programmtwechsel!
Bombenprogramm
Dauer ca. 2 Stunden.

Neu! Neu!
„Kleine Sachsen“
feinste
2-Pf.-Zigaretten!
In Qualität unerreicht.

Zur goldenen Rose
Täglich
Konzert
der besten Oberbayer
11 Uhr: **Matinee.**
3105 Wm. Lütz.

Eldorado
Große Junkerstraße 12.
Täglich abends 7 Uhr:
Varieté-Vorstellung
Großer Bockbierrummel!
Heitere Kabarett-Vorträge.

Fürstenthor-Theater
Dir. Müller-Sipart
(Gy. Prälatenstr.)
Genie Freitag:
Einmaliger
gr. Theaterabend
Silberglöckchen
perfektes Drama
in 3 Akten.
1. Akt: Die Entführung
2. Akt: Im Kreis
3. Akt: In Teufels Küche
Die Kartenpreise gelten.
Keine erhöhten Preise!

Walhalla-Theater
Abendlich glänzend-
der Erfolg des neuen
Spezialitäten-
Programms!!!
Vorzugskarten gelten.

Raucht
„Kleine Sachsen“
beste 2247
2-Pf.-Zigaretten!

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. Januar 1910.

Des Vertrauens unwürdig.

Der schon erheblich vorbestrafte Schreiber Paul Genß hier, geboren 1868, stand am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, dem Kassierer der Kaufmännischen Ortskrankenkasse, Thomas, Ende Juli v. J. 50 Mark bar und dem Kassierer Weidner vom Transportarbeiterverband Ende August einen Rechnungsbogen gestohlen zu haben. Der Angeklagte bestritt entschieden, die Diebstähle begangen zu haben, und meinte, so etwas sei ihm überhaupt nicht zuguzutrauen, er habe sich immer so geführt, daß er es verantworten könne. Trotzdem muß er zugeben, daß er beim Militär mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis wegen wenig schöner Vergehen, darunter auch Unterschlagung, bestraft ist. Er meint, in den Bureaus der Krankenkasse sowie des Verbandes gingen so viel Leute aus und ein, daß ein anderer der Dieb sein könne. Es wären dort Manlos an der Tagesordnung gewesen.

Der Zeuge Kassierer Thomas bestritt dies letztere entschieden; niemals seien nennenswerte Manlos in der Krankenkasse vorgekommen, nur etwa einmal ein Abdienerstrich von 1 bis 150 Mark. Freitag abend in der fraglichen Woche habe er — Zeuge — Kasse gemacht und gefunden, daß alles stimmte. Am Sonnabend sei er nicht zum Kassieren gekommen, und als er am Montag dies nachgeholt habe, hätte sich ein Konto von 50 Mark ergeben. Er habe mit seinen Kollegen 2 Tage lang alles durchgerechnet, aber nichts aufklären können. Schließlich sei ihm eingefallen, daß eine 50-Mark-Note fehlerhaft, die nicht verbraucht sein konnte, da das Papier fehlerhaft. Er habe gleich Genß in Verdacht gehabt, aber keinen Beweis erbringen können; deshalb habe er die 50 Mark ersetzt. Der Mandant habe nach diesem Vorfall den Angeklagten, der seit dem 3. Juli aushaftungsweise gegen 5 Mark pro Tag beschäftigt war, entlassen. Daß Genß entlassene Strafe erlitten hat, hätte man in der Krankenkasse nicht gewußt. Zur Kenntnis der Polizei seien diese Umstände dadurch gekommen, daß in dem Lokal der Ortskrankenkasse ein Einbruch verübt worden sei, den nach der Ansicht der Polizei nur ein Ortskundiger ausführen haben konnte. Da habe er — Zeuge — sich für verpflichtet gehalten, auch seinen Verdacht betreffs der 50 Mark den Polizeibeamten mitzuteilen.

Zeuge Kassierer Weidner bezeugte, Genß habe sich im Jahre 1908 auf Grund seines Verbandsbuchs im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes arbeitslos gemeldet und 20 Wochen hindurch jede Woche 18 Mark Unterstützung bezogen. Er sei dann gegen 25 Mark Wochenlohn als Hilfsarbeiter beschäftigt worden. Man habe ihm viel Vertrauen geschenkt, obwohl sich während der Zeit seiner Beschäftigung größere Kassenmanos herausgestellt, weit über 100 Mark, die die Kassierer ersetzen mußten. Er — Zeuge — habe aber seinen Verdacht gegen Genß nicht geäußert. Genß sei dann in der Ortskrankenkasse als Anwärter beschäftigt worden, und da hätte er — Weidner — mit dem Kassierer Thomas seine bösen Erfahrungen ausgetauscht und sie hätten Genß eine Falle gestellt. Zeuge hat zu dem Zweck, als Genß im August wieder im Bureau des Verbandes beschäftigt wurde, eines Tages unter seinen Tisch einen Rechnungsbogen gelegt und seine Kollegen davon unterrichtet. Dann hat Zeuge das Bureau auf einen Augenblick verlassen. Als er wieder eingetreten sei, wäre der Schein verschwunden gewesen. Gleich darauf sei Genß unruhig geworden, habe erklärt, er könne nicht weiterarbeiten und sei gegangen.

Zeuge hat ihn dann, als er das Zimmer verlassen hatte, zurückgerufen und ihm den Schein aberlangt. Er ist bleich geworden, hat den Schein herausgegeben und gesagt, man habe ihm wohl eine Falle gestellt. Dies hat der Zeuge ausgegeben und dem Genß die verschiedenen andern Taten ins Gesicht gesagt, deren er verdächtig sei.

Betreffs des Einbruchs in der Ortskrankenkasse meint der Zeuge Weidner, er hege noch heute den Verdacht, daß Genß an ihm beteiligt sei, denn er habe behauptet, an dem Tag, als derselbe ausgeführt wäre, sei er in Brandenburg gewesen und habe die Funktionen des Transportarbeiterverbandes besucht. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, wie er — Zeuge — feststellt hat. Der Zeuge Thomas führt auch noch als Illustration für Genßs Ehrlichkeit an, daß er, wenn er frühzeitig für das Bureaupersonal besorgt und das Geld dazu erhielt, die Waren an sich lieh, das Geld für sich verbrauchte und erst viel später...

Hierüber machte der Vorsitzende sich Notizen, wahrscheinlich wird Anklage gegen Genß wegen Unterschlagung erhoben werden. Das Gericht hielt nun den Diebstahl der 10 Mark für erwiesen und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Zu übrigen hielt es Genß für dringend verdächtig, all die verschiedenen Kassenmanos verurteilt zu haben, doch nicht für völlig überführt und sprach ihn dieserhalb frei.

Sozialdemokratischer Verein. Die Bezirks-Versammlungen für Januar finden für Neue Neustadt und Sudenburg am Montag den 24. Januar statt. In Neue Neustadt hält Genosse Holzappel seinen vierten Vortrag über das Erfurter Programm; in Sudenburg erhaltet Genosse Klähns das erste Referat über denselben Gegenstand. Die Bezirke Magdeburg-Nord und -Süd, Wilhelmstadt und Alte Neustadt tagen Dienstag den 25. Januar. Auch in diesen Versammlungen werden Vorträge gehalten werden. In Budau, Friedrichstadt und Werder fallen die Versammlungen in diesem Monat aus. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen.

Achtung, Arbeiterjugend! Am Sonntag den 23. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7, eine öffentliche Versammlung statt, in der Arbeitersekretär Karl Mößinger über „Jugend und Fortschritt“ spricht. Die Genossen werden gebeten, alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Vorortbahn. Zurzeit liegt der Plan über die Vinführung der Straßenbahn Magdeburg—Salbte öffentlich aus. Die Linie beginnt am Dampfplatz und endet in Salbte. Es sind so viel Ausweichstellen vorgesehen, daß ein 15-Minuten-Verkehr möglich ist. Der Strom wird vom Magdeburger Elektrizitätswerk geliefert. Die Konzession ist augenblicklich nur für die Linien nach Cracau und Salbte beantragt; Weiterfühnen kommt vorläufig nicht in Frage. Den Betrieb übernimmt entweder der Magistrat selbst oder eine Gesellschaft über die Hauptpreise. Haltestellen usw. ist noch nichts bekanntgegeben.

Aus der Metallindustrie. Die Krise wirkt noch immer ihre Schatten. Eine größere Zahl Betriebe muß mangels genügender Aufträge aussetzen oder täglich verkürzt arbeiten lassen. Zu diesen gehört auch die Firma C. V. Strube. Jedoch soll nach uns gewordener Mitteilung in der gestrigen Konferenz der Betriebsleitung den Meistern Anweisung gegeben sein, noch so viel Leute zu entlassen, als bei voller Arbeitszeit überflüssig sind und kann voll arbeiten zu lassen. Wenn diese Mitteilung richtig ist, würde die Betriebsleitung gegen den ausgeprochenen Willen der Gesamtarbeiterschaft des Betriebs handeln, die wiederholt erklärt haben, daß sie gemeinsam die Last der Krise tragen will. Mit solcher Maßnahme würde übrigens eine Unwürdigkeit auch bei dem Stamme der Arbeiter erzeugt werden, welche diese eingearbeiteten Kräfte zum Verlassen des Betriebs nötigen würde, sobald sich ihnen eine passende Gelegenheit dazu bietet. Es ist der Meinung, die ja im kaufmännischen wie im technischen Teile neu ist, wahrscheinlich unbekannt, in welchem Maße der Betrieb bei der Arbeiterschaft Magdeburgs und auswärts steht. Dieser Ruf verhängt, daß die Arbeiter bei guter Konjunktur sich gerade nach C. V. Strube drängen und schon aus diesem Grunde sollte die Firma von weiteren Entlassungen Abstand nehmen, die auch vom sozialen Standpunkt aus nicht zu verantworten wären.

Jubiläumfeier bei H. Wolf. Die Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte rühmt mit Stolz auf, die zwar vorher schon als Belastung der Arbeiter erkannt, dennoch aber stillschweigend gebildet worden waren. Dazu gehörten auch die Sammlungen bei Familien- oder Fabrikfesten der Unternehmer bzw. der Betriebsbeamten. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo sogar Arbeiter, die ihr 25jähriges Arbeitsjubiläum in demselben Betriebe begehen konnten, ihre Kollegen ersuchen, von Sammlungen zu einem Geschenk Abstand zu nehmen. Sie sind der Meinung, daß selbst das nicht zu rechtfertigen ist. Nur ein kleiner Teil der Arbeiterchaft kommt in die gleiche Lage, so daß diese kein Interesse an solcher Feier hat. Vor allem kann sie aber nicht noch zu einer Steuer herangezogen werden. Weiber finden sich immer wieder Leute, die das Jubiläum eines Vorgesetzten usw. benutzen, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ob der Vorgesetzte seine ganze Kraft verwendet hat, um immer wieder die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, so daß nicht das Gefühl der Anerkennung, sondern ein ganz andres die Arbeiterchaft befeelt, läßt die Arrangements fast. Wir finden allerdings, daß eine Sammlung zu einem Geschenk für einen Vorgesetzten, der sich seiner Vorgesetzten erfreut, schon aus solchen Gründen als eine unmoralische Handlung zu bezeichnen ist. In letzter Zeit haben erfreulicherweise eine Reihe Vorgesetzter sich derartige Sammlungen zu ihren Gunsten, sobald sie davon Wind bekamen, verboten und so dazu beigetragen, daß solche wieder eine Sammlung für ein Geschenk, das dem Meister anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums überreicht werden soll, vorgekommen worden. Das heißt, eine Summe, für welche sich in der Werkstatt dieses Meisters sehr oft schon die Schlosser usw. einen halben Tag ausruhen konnten. Wie geht es zu, daß die Firma solche Sammlungen duldet? Sie geht doch sonst in schärferer Weise vor, wenn die Arbeiter eine Sammlung vornehmen, die nicht als unmoralisch bezeichnet werden kann. Übrigens sei bei der Gelegenheit die Betriebsleitung ersucht, sich eingehender um die Kantinenverhältnisse in Salbte zu kümmern. Die Herren Schulze und Eisele rufen dort durch ihr Vorgehen den Widerspruch der Arbeiter, und zwar nicht nur der organisierten, hervor.

Baugenehmigungen. In der ersten Hälfte dieses Monats sind von der städtischen Polizeiverwaltung 32 Baugenehmigungen erteilt worden. Als bemerkenswert befinden sich darunter ein Vorder-Edwohnhaus Kaiser-Friedrich- und Schrotestraße, ein Vorderwohnhaus mit Seitenflügel und Hinterhaus Schönebeker Straße 99, ein Vorder-Edwohnhaus Pöhlitzstraße 8 und ein Vorder- und Hinterwohnhaus an der Weberstraße. Die übrigen Genehmigungen betreffen größtenteils nur bauliche Veränderungen.

Die Rosen-Einkaufs-Vereinigung hält, wie sie im heutigen Infantenblatt bekannt gibt, Montag den 24. Januar ihre diesjährige Generalversammlung im Schützhilfs-Restaurant ab.

Im Hotel. Gestern teilten wir mit, daß einem Landwirt von auswärt, der in der Nacht zum 18. d. M. in einem hiesigen Hotel logierte, aus seinem Logierzimmer aus der Postentasse ein Portemonnaie mit 93 Mark gestohlen worden sei. Als Diebin sei die in dem Hotel im Dienste lebende Ella W. ermittelt worden. Wie wir heute erfahren, hat das Mädchen sich gleich nach dem Verhör, das die Kriminalpolizei mit ihr angestellt hatte, erhängt. Vor dem Selbstmord soll sie geäußert haben, daß sie gar nicht beabsichtigt habe, das Geld zu behalten, sondern nur noch Gelegenheit gefunden habe, es zurückzugeben.

Selbstmordversuch. Der Arbeiter Friedrich W., in der Kasanienstraße wohnhaft, versuchte sich am Mittwoch zu vergiften. Der Schwere wurde nach der Krankenanstalt Wlbadt gebracht.

Von der Leiter gestürzt. Am Mittwoch stürzte das Dienstmädchen Anna Welen beim Fensterputzen im Hause Kaiserstraße 100 von einer Trittleiter und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Die Verunglückte wurde nach dem Bethanienstift gebracht.

Un glaublich vertrauensfelig. Eine galizische Arbeiterin hat hier am 17. d. M. einen polnisch sprechenden Mann kennen gelernt der ihr die Heirat versprochen hat. Am nächsten Tage hat sie ihm einen Antrag gestellt und ihm 50 Mark ungarisches Geld gegeben, das er in deutsches Geld umzuwechseln sollte. Beide wollten sich, nachdem die Frau einige Lebensmittel kaufen sollte, am Bahnhof wieder treffen. Wie zu erwarten war, hat sich der Unbekannte nicht wieder sehen lassen. Dieser ist etwa 24 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hellblond, hat Schürrenbart und ist mit hellem Hut und dunklem Jacketanzug bekleidet.

Gestohlen wurden hier: Am 16. d. M. in der Zeit von 1 bis 2 Uhr nachmittags aus dem Flur des Hauses Kasanienstraße 1 ein Fahrrad; am 18. d. M. in der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags von einem Fuhrwerk in der Abendstraße eine Pferdebede; in der Zeit vom 16. bis 19. d. M. aus der unverschlossenen Küche einer Wohnung in der Wilhelm-Raabe-Straße ein Portemonnaie mit 20 Mark. Das leere Portemonnaie wurde in dem Bette eines bei der Bestohlenen wohnenden Agenten gefunden.

Eingebrochen wurde in der Nacht zum 19. d. M. in eine Taubstube eines Neubaus in der Kruppstraße. Gestohlen ist mehreres Tischlerhandwerkzeug, als 2 Schlüsselhobel, 2 Fuchschwänze, 2 Steddeisen, 1 Stenueisen, 1 Abziehstein, ferner 1 Paar Pantoffel, 1 Wille und 1 Schürze.

Aus Not zum Strafenrücker geworden. Der Ruffächer Hermann E. war im Dezember v. J. arbeitslos und mittellos. Um sich Geld zum Leben zu verschaffen, entriß er in der Auguststraße einer jungen Dame das Handtäschchen, in dem er Geld vermutete. Das Magdeburger Schöffengericht verurteilte ihn deswegen am Mittwoch zu 3 Tagen Gefängnis.

Festgenommen wurden der Arbeiter Franz S. von hier, der mit dem am 17. d. M. hier festgenommenen Arbeitsburschen Joseph G. aus Barleben dorthin mehrere schwere Diebstähle ausgeführt hat, und der Knecht Friedrich De. aus Neuhaldensleben wegen Diebstehls. Ferner hat letzterer dem G. in der Nacht zum 14. d. M. aus der Tasche von dem gestohlenen Gelde 5 Mark gestohlen.

Nicht identisch. Der Müller G. Borchert, Annstraße 23, 3 T. bittet uns mitzuteilen, daß er nicht identisch ist mit dem vom Landgericht verurteilten Gustav Borchert, wozüber wir gestern berichteten. Wir kommen dieser Bitte nach, glauben aber, bemerken zu müssen, daß die Mitteilung eigentlich sehr abfällig ist, weil in unserem Bericht der wegen einer Vappalie Verurteilte ausdrücklich als Arbeiter bezeichnet wird, so daß also kaum jemand auf den Borchert kommen wird, es handle sich dabei um den Müller G. Borchert.

Konzerte, Theater, Sport etc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

Stadttheater. Um den Uberschuß von 1800 Mark, den der Théâtre-paré-Abend in der vorigen Saison ergeben, nach Möglichkeit zu vergrößern, soll auch in diesem Jahre ein Théâtre-paré-Abend veranstaltet werden, dessen Ertrag zu gleichen Teilen der Pensionanstalt deutscher Bühnengestaltiger und dem Pensionfonds des hiesigen Stadttheaters zugute kommen soll. Um dem guten Zwecke der Veranstaltung ein möglichst glückliches Gelingen zu sichern, hat Herr Direktor Sogmann eine der erfolgreichsten und beliebtesten Rollen der Saison für diesen Abend zur Aufführung angelehrt, Robert Planquettes nachgelassene Operette „Im Paradiese Noahs“. Planquette ist der Komponist der Operette „Die Gloden von Cornedille“, eines der klassischsten Werke der Operettenszene. Der Théâtre-paré-Abend findet am Dienstag den 8. Februar statt, dem sogenannten „Fasnachtsabend“. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Soubrette-Abonnement auf den Schafpärchen-Platz am Freitag geschlossen wird. Da in der letzten Zeit die Kassierer des Schauspielers nur selten zu Worte kommen konnten, soll am Sonnabend Schillers „Verhängnis“ des Fresco zu Genua“, inszeniert von Oberregisseur Vogeler, gegeben werden. Die Hauptrollen spielen die Damen Berla, Hanelka, Hüner, und die Herren Wähloker, Vogeler, Hoffmann, Andresen, Ross, Herit. Die Aufführung von „Liesland“ am Sonntag wird die letzte Sonntagsvorstellung dieses Wertes sein. Die Inszenierung der Lustspielnovelle „Der dunkle Punkt“, welches Werk am Montag zum erstenmal gegeben wird, hat Direktor Sogmann übernommen.

* **Wilhelm-Theater.** Wie zu erwarten war, ist die Nachtrags- zur Benefiz-Vorstellung für Herrn Kapellmeister Wolff eine außerordentlich, ein Beweis, daß „Die geschiedene Frau“ trotz der vielen Wiederholungen noch eine sehr große Anziehungskraft ausübt. Vielfachen Wünschen zu entsprechen, sollen in nächster Zeit einige alle Operetten zur Aufführung kommen, insbesonderen ist für kommenden Sonntag eine Neuinszenierung von „Die schöne Helena“ von Offenbach vorgezogen. Später folgen „Wiener Blut“ sowie „Der Teufelskubel“. In Vorbereitung befindet sich „Reiche Mädchen“.

Letzte Nachrichten.

Die englischen Wahlen.

Ab. London, 20. Januar. Nach den bis 1 Uhr nachts vorliegenden Wahlergebnissen sind 129 Unionisten, 118 Liberale, 44 Nationalisten und 23 Mitglieder der Arbeiterpartei gewählt. Die Unionisten gewannen 57, die Liberale 9 Sitze, die Arbeiterpartei gewann einen Sitz.

Spb. Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) In der Budgetkommission kam heute die Anklage des Bürgermeisters von Lübeckhuch, Kräplin, gegen Dornburg zur Sprache. Kräplin machte dem Staatssekretär den Vorwurf, daß er den Fiskus zugunsten der Diamantengesellschaft benachteiligt habe, auch seien die Angaben der Denkschrift falsch und auf Fälschung berechnet. Dornburg führte an, daß Kräplin Mitglied der Kammer-Diamantengesellschaft sei, deren Geschäftsbetrieb jetzt gepregelt sei. Alle Parteien gaben Erklärungen dahin ab, daß sie die Angaben Kräplins für beweislos halten. Ein Antrag Singer, die Sache durch die früher gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären, gelangte zur Annahme.

Spb. Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine aufsehenerregende Szene ereignete sich am Mittwoch abend im Foyer des Deutschen Theaters. Als der Herausgeber der „Schaubühne“, Siegfried Jacobsohn, das Theater verlassen wollte, versuchte Fraulein Ida Roland vom Heibel-Theater Herrn Jacobsohn zu überfallen, woran sie jedoch durch Umstehende gehindert wurde.

Spb. Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht, d. „Volkst.“) Der greise Führer der sozialistischen Arbeiterpartei in Frankreich, Jules Guesde, befindet sich seit einigen Tagen in Berlin und erklärte einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag“ u. a., daß die Arbeiterpartei in Frankreich sich in einer Krise befindet. Die Gewerkschaftsbewegung befindet sich gegenüber der in Deutschland und England noch in den Kinderschuhen. Die französischen Arbeiter sind aber bereit, sich zu ernsthafter Arbeit aufzuraffen, ohne die Spielerei des Herrn Pataud mitzumachen. Meine Freunde und ich betrachten die Aufgaben der sozialistischen Arbeiter von einem ernsthaften Standpunkt als Pataud und Hervé, die da glauben, mit Kunststücken, Revolovern und Bomben die bürgerliche Gesellschaft erzelen zu wollen.

Spb. Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Vizepräsident Spahn teilte in der Budgetkommission des Reichstags mit, daß die Krankheit des Präsidenten Grafen Stolberg erster Natur sei. Er, Spahn, müsse deshalb wichtige Entscheidungen zurzeit allein fassen, weil er mit dem Präsidenten nicht sprechen könne.

Spb. Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Nixdorf versuchte heute früh der 29jährige Gärtner Josef Wollst seine 25jährige Geliebte auf offener Straße zu erschlagen. Er selbst versuchte sich hierauf in seiner Wohnung mit Beuchgas zu vergiften. Beide Verletzte wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Spb. Karlsruhe, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) In der badischen Budgetkommission nahmen Nationalliberale und Zentrum zusammen das Biersteuergesetz an. Die Sozialdemokraten stellten einen schlichten Antrag, daß die durch den Minderverbrauch an Bier arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter vom Staate entschädigt werden. Diese Entschädigung soll in der Zeit vom 1. Februar 1910 bis zum 31. Dezember 1911 gewährt werden.

Spb. Dortmund, 20. Januar. Bei Montagenarbeiten auf dem Eisenwerk Union wurde dem Schlosser Fritz Sonnenberg durch einen Förderkorb eines Fahrstuhls der Kopf zerquetscht. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Spb. Sigmaringen, 20. Januar. Der untere Teil der Stadt steht vollständig unter Wasser; die Brücken sind in Gefahr, weggeschwemmt zu werden. Das ganze Wiesental gleicht einem See, der große Holzmassen mit sich führt. Im unteren Stadteil wurden Notbrücken geschlagen, um den Verkehr aufrechtzuerhalten.

Spb. Gelsenkirchen, 20. Januar. Die Arbeiten zur Rettung der auf der See Holland verschütteten Bergleute waren bisher erfolglos, da gestern abend ein neuer Einsturz des Rettungswerk vernichtet hat. Seitdem geben die Bergungsläden kein Lebenszeichen mehr. Die Hoffnung, sie lebend zu bergen, ist nur noch sehr gering. Der Schacht ist noch in Bewegung; es muß jetzt alles daran gesetzt werden, weitere Nachstürze zu verhüten. Inzwischen versucht man, von anderer Stelle zu den Verschütteten zu gelangen; der Durchstoß kann aber, da 25 Meter Wasser zu durchbrechen sind, voraussichtlich erst in 7 Tagen gelingen. (Siehe kleine Chronik.)

Spb. Budapest, 20. Januar. Das Ministerium beschäftigt dem Abgeordnetenhaus am Montag das Budget des Handelsvertrags mit Rumänien sowie den Bericht über die Bewegung der Staatsfinanzen vorzulegen und gleichzeitig ein dreimonatiges Budgetprovisorium zu fordern.

Spb. Innsbruck, 20. Januar. In ganz Tirol herrschen ungeheuer starke Schneefälle. Die Eisenbahnzüge treten jetzt mit großen Schwierigkeiten ein. Am Brenner ist ein Güterzug im Schnee stecken geblieben. Es besteht große Lawengefahr. Hochwasser wird befürchtet.

* **Konstantinopel.** 20. Januar. Die erste Annahme, daß der Parlamentsbrand infolge einer Explosion in der Heizungsanlage ausgedehnter sei, wird nicht allgemein geteilt. Der Präsident der Kammer und die Minister halten dies für ausgeschlossen. Augenzeugen behaupten, daß das Feuer gleichzeitig an mehreren Stellen zum Ausbruch gekommen sei. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. Aus der Provinz laufen Beileidsdepeschen ein. Der Präsident der Kammer hat die Deputierten für Sonnabend zu einer Sitzung behufs Vorlegung des Regierungsprogramms einberufen. In welchem Lokal die Sitzung abgehalten werden wird, ist noch unbekannt, wahrscheinlich in dem dem Parlament gegenüber liegenden Deputiertenklub. Den heutigen Nachmittag verbanden die Minister dazu, ein passendes Gebäude zu suchen. Für den Senat wurde ein kaiserlicher Kiosk am Goldenen Horn ausgewählt. Die Kammer dürfte am alten Postgebäude oder, was wahrscheinlicher ist, im Museum in Stambul tagen. Allgemein fiel die Teilnahme an den unteren Bevölkerungsschichten auf. (Siehe kleine Chronik.)

Wettervorhersage.

Freitag: Trübweiser Wetter, vorwiegend trocken, leichter Frost.

Ausnahme-Preise

für
Wurst- und Fleischwaren

sind noch gültig
bis Sonnabend abend!

Am Freitag eintreffend:
Bücklinge Stück 5 Pfg. mit 10% Rabatt

Wir machen besonders auf die sehr billigen Preise für Schinken und Schlackwurst aufmerksam. Es empfiehlt sich, diese Preise für größere Einkäufe zu benutzen.

| | | |
|--|------------------|---------------------------|
| Schinken Pfd. 1.50 | mit 10% Rabatt = | netto 135 Pfg. |
| Schlackwurst Pfd. 1.40 | mit 10% Rabatt = | netto 126 Pfg. |
| Bratwurst Pfd. 1.10 | mit 10% Rabatt = | netto 99 Pfg. |
| Mettwurst Pfd. 1.10 | mit 10% Rabatt = | netto 99 Pfg. |
| Sardellen-Leberwurst Pfd. 1.10 | mit 10% Rabatt = | netto 99 Pfg. |
| Leberwurst Pfd. 1.00 | mit 10% Rabatt = | netto 90 Pfg. |
| Zungenwurst Pfd. 1.10 | mit 10% Rabatt = | netto 99 Pfg. |
| Rotwurst Pfd. 90 | mit 10% Rabatt = | netto 81 Pfg. |
| Sülzwurst Pfd. 90 | mit 10% Rabatt = | netto 81 Pfg. |
| Schinkenspeck Pfd. 1.15 | mit 10% Rabatt = | netto ca. 103 Pfg. |
| Rippenspeck Pfd. 1.00 | mit 10% Rabatt = | netto 90 Pfg. |
| Fetter Speck Pfd. 94 | mit 10% Rabatt = | netto ca. 84 Pfg. |
| Lachsschinken Pfd. 1.70 | mit 10% Rabatt = | netto 153 Pfg. |

im Aufschnitt 1.80

Alles mit **10%** Rabattmarken

Waren-Verein

G. m. b. H.
Kolonialwaren-Großhandlung.
Verkaufsstellen: 3103

| | | | |
|---|--|---|---|
| Altstadt: Kaiserstrasse 46a, Ecke Moltkestrasse Kaiserstr. 101, gegenüber der Wilhelmstr. Schreiberstr. Strasse 1, Ecke Franziskanerstr. Berliner Strasse 27 Blumenhalstr. 1 Johannisberg 15a Peterstrasse 14 nob. Eckh. Jakobstr. Kleine Sternstrasse 6 | Gr. Steinernischestr. 10b, Ecke Grünemannstr. Nordfront: Gutebergstrasse 13 Pflzerstrasse 15 Friedrichstadt: Cracauer Strasse 8 Buckau: Schönebecker Strasse 96 Cocustrasse 11 Neue Strasse 7 Sudener Strasse 4 Dortheenstrasse 2 | Sudenburg: Leipziger Strasse 65 Kurfürstenstrasse 27 Fichtestrasse 40 Wellenbühler Strasse 19 Hesekielstrasse 2, Ecke St.-Michael-Strasse Bräunschwiger Str. 1 Halberstädter Straße 72 Helmstedter Straße 57 Alte Neustadt: Agustastrasse 28 Weidenstrasse 56 Rathenauer Strasse 1 | Neue Neustadt: Luiseastrasse 22 Morgenstrasse 18 Hundsbürger Strasse 1, Ecke Lübecker Str. Umfassungsstrasse 15 Wilhelmstadt: Lützowstrasse 12 Ebenendorfer Strasse 4 Immermannstrasse 33 Annastrasse, im Eckh. Gr. Diedorf, Str. 217. |
|---|--|---|---|

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Montag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schuller-Restaurant, Breitenweg 29, (Vereinszimmer) unsere diesjährige **Generalversammlung** statt, zu der wir unsere Mitglieder ergebenst einladen. Die letzte Kohlenquittung ist als Ausweis mitzubringen. Der Vorstand, Manager, Vorf.

Sudenburg Halberstädter Straße 40 Kieler Fisch-Börse

empfiehlt von frischer Sendung:
ff. Schellfisch, ff. Kabel- Gänse, t. ganzen u. zerlegt, fow.
jau, ff. Seeaal, ff. See- Gänseklein, Gänseleber,
lachs, ff. grüne Heringe -fomen u. -pöke fleisch
Spezialität: Lebende Flussfische.
Außerdem sämtl. Fisch- u. Delikatessenwaren z. d. billigsten Tagespreisen

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch zur gefälligen Mitteilung, daß sich mein
Tapezier- und Dekorationsgeschäft
nicht mehr Fabriken- Moritzstraße 5 befindet.
straße 17 - sondern **Gustav Egel, Tapezier und Dekorateur.**

Arbeiter-Notiz-Kalender für 1910

Preis nur 50 Pfennig
noch vorrätig
Buchhandlung Volksstimme
- 3 Große Mühlstraße 3 -

2 billige Tage!

Freitag - Sonnabend
Ca. **600** frischgeschossene **Kaninchen**
große wilde Kaninchen
à Stück nur 80 Pf. bis 1.10.
Pa. fette Gänse à Pfd. nur 65-70 Pf.
Halbe Gänse à Stk. nur 2.00-2.50
Kalbfleisch billiger!
Freitag und Sonnabend

Ausnahmepreise für ff. Kalbfleisch
Keule, Rücken } à Pfund nur **50** Pf. Keine höheren Preise!
Niere, Brust }
Ia. Rindfleisch Bratenstücke à Pfund 70 Pf.
Ia. Schweinefleisch Suppenfleisch à Pfund 55 Pf.
Ia. Schweinefleisch zu bekannt billigen Preisen
Frisches Guter à Pfund 30 Pf. bei 5 Pfund nur 25 Pf.
Perz Pfund 45 Pf. Harte Bratwurst Pfund 80 Pf.
Richard Bosse, Gr. Marktstraße 20.

Ringfreies Bier

empfiehlt 8034
Pilsener Brauhaus in Berlin
Niederlage: Neuhaldensleber Straße 1. Fernruf 2954.



F. Pätzkuhl
Lübeckerstr. 120.
Hüte, Mützen,
Schirme, Handsch.
Wäsche, Cravatt,
Kasentragen,
Stücker etc.

Empf. tägl. frisch aus dem Stauch
echte Kieler Bücklinge
Aale, Stör, Dorsch und Lachs
freis Kleinauswahl darin.
Bestamt billigste Bezugsquelle für
Restaurateure u. Wiederverkäufer.
In nur allerfeinsten Qualitäten:
Bismarckheringe, Stralund,
Walbricken, russische Sardinen
Fisch-Großhandlung
Aug. Richter
Magdeburg, Breitenweg 89/90
Fernruf 2958. 2852
Präm. Kochkunstausstellung 1907.

Gesucht a. j. Ort Leute,
no. Vertrieb hochleg. Neuh. überm.
Hoh. Berd., auch Nebenverm. für
ab. jederm. Aust. vollst. kosten. Fern-
Kleina Junkerstraße 10 Wolf, Zwickau, Sa., Nordstr. 8.

Briefmarketten

Eine Wirtschaft
Lorenz
Nr. 17 Peterstr. Nr. 17

Briefmarketten



Arbeiter-Stiefel
In großer Auswahl aus
starkem Leder
zu sehr niedrigen
Preisen
empfehlen als
Spezialität
Wilhelm Coors
Magdeburg-Sudenburg
Halberstädter Str. 116.

Polsterwaren

Möbel
in der
Möbel-Fabrik
gegründet 1845
W. Diesing
Ziehlermeister
4 Dreieckstr. 4
Zeitzahlung gestattet!
Bei je 10 Mark Anzahlung
für 100 Mark Möbel.
Burg. 250 Burg.
jeden Freitag: **Frische Wurst.**
Sonnabend: **Kaselnwürstl.**
Fest Flügge.
21. Jährl. Wohnung (St. R. R.
Red.) Gr. Dierckebeben, Marktstr. 7
Geleitstr. 13, v. III. L. (aus. Logis)

Möbel

Herren-Anzüge
und
Stiefel
für Damen, Herren u. Kinder
ab. 3107
Kleina Junkerstraße 10

empfiehlt die
Handl. **Volksstimme**
Burg
Dente Freitag: Frische
Durst, Sonnabend und
Sonntag: Knoblauch-
würstl F. Brettschneider